

Korruption und Demokratisierung

Rekonstruktion des Forschungsstandes
an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik
und politischer Transformationsforschung

Birgit Pech

INEF-Report
99/2009

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN



Institut für Entwicklung und Frieden

AUTORIN:

Birgit Pech, MA., Studium der Politikwissenschaft an der Universität Freiburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden. Forschungsschwerpunkte: Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungspolitik; (Anti-) Korruption und Demokratisierung; Förderung von Good Governance unter den Bedingungen von Staatsversagen.

E-Mail: birgit.pech@inef.uni-due.de

BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN:

Birgit Pech: Korruption und Demokratisierung. Rekonstruktion des Forschungsstandes an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 99/2009).



Impressum

Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel

Layout design: Jeanette Schade, Sascha Werthes

Cover photo: Jochen Hippler

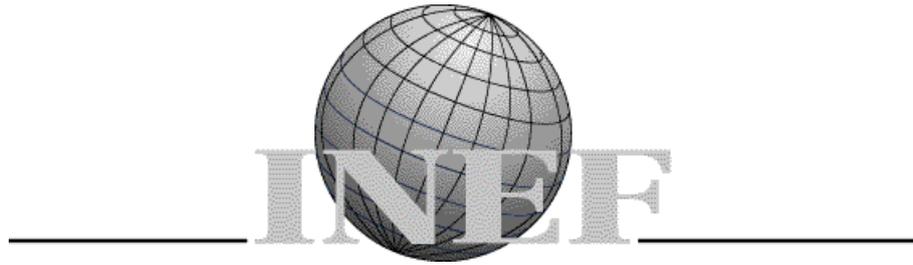
© Institut für Entwicklung und Frieden

Geibelstraße 41 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425

E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de

Homepage: <http://inef.uni-due.de>

ISSN 0941-4967



Birgit Pech

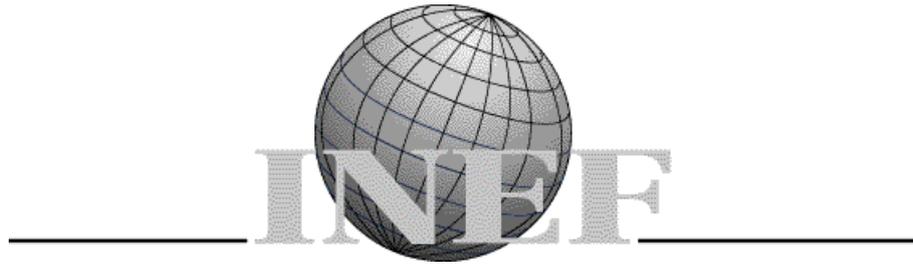
Korruption und Demokratisierung

Rekonstruktion des Forschungsstandes
an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik
und politischer Transformationsforschung

INEF-Report 99/2009

Universität Duisburg-Essen
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institute for Development and Peace



ZUSAMMENFASSUNG

Birgit Pech: Korruption und Demokratisierung. Rekonstruktion des Forschungsstandes an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 99/2009).

Ziel des Reports ist eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes zum wechselseitigen Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierung. Während „vertiefte“ Demokratisierung als Korruption reduzierend angesehen werden kann, wirken in frühen Stadien Mechanismen, die Korruption eher noch befördern. Korruption wirkt ihrerseits hemmend auf demokratische Entwicklung insbesondere dort, wo sie den Charakter einer systemprägenden Vereinnahmung des Staates annimmt. Endemische Korruption steht zudem in wechselseitigem Zusammenhang mit übergreifenden sozioökonomischen Problematiken und schwacher Staatlichkeit, welche sich ebenfalls auf die Erfolgchancen der Demokratisierung auswirken.

ABSTRACT

The report aims to take stock of the state of research on the interdependent relationship between corruption and democratization. While “deep” democratization tends to reduce corruption, early stages of democratization rather lead to its increase. Endemic corruption tends to hamper democratization processes particularly when it takes the form of systemic state capture. It is often a symptom of overarching socio-economic problems and fragile statehood, which also impact on the probability of successful democratization.

Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Korruption und Demokratisierung: Konzeptionen	7
2.1	Uneinheitliche Begriffe und Messkonzepte	7
2.2	Neo-Institutionalismus als zentraler Analyserahmen.....	11
3.	Korruption und zentrale Funktionsbedingungen der Demokratie	13
3.1	Korruption und Wohlfahrt.....	14
3.2	Korruption und die Konsolidierung von Staatlichkeit.....	15
4.	Systemspezifische Zusammenhänge	17
4.1	Empirisch-quantitative Studien.....	17
4.2	Studien geringerer Fallzahl und erklärende Theoreme	21
4.2.1	„Wirkt“ Demokratisierung gegen Korruption?	21
4.2.2	Hemmt Korruption den Demokratisierungsprozess?.....	24
5.	Fazit und Forschungsausblick	28
6.	Literatur	30



1. Einleitung

Ziel dieses Reports ist es, eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes zum wechselseitigen Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierung vorzunehmen.

Es handelt sich um ein Themenfeld, das mit den Erfahrungen der jüngeren Demokratisierungsprozesse seit Ende des Ost-West-Konflikts besondere Relevanz erfahren hat. Bekanntlich verliefen die Prozesse der Systemöffnung und des Systemwandels im Zuge der „dritten Demokratisierungswelle“ (Huntington 1991) oftmals nicht linear und progressiv. Einige Staaten sind in autoritäre Regression zurückgefallen; viele pendelten sich in einer „Grauzone“ zwischen Autokratie und Demokratie ein. Dieses Zwischenstadium ist mit Begriffen wie „hybrides Regime“ (Karl 1995) oder „defekte Demokratie“ (Merkel/ Croissant 2000) beschrieben worden. Nach Zählweise des Polity IV-Projekts lag deren Anteil im Jahr 2007 weltweit bei circa 25 Prozent (Polity IV Project 2007); gemäß Freedom House Index, der Defizite bei der Gewährleistung von bürgerlichen Freiheitsrechten besser abbildet, sogar bei 31 Prozent (Freedom House 2009). In der Regel ist zwar das formale Set demokratischer Institutionen eingeführt worden, es bestehen aber persistente Defizite beispielsweise in Form unfairer politischer Wettbewerbsverhältnisse, mangelnder Durchsetzbarkeit rechtsstaatlicher Herrschaftsbegrenzung oder eines Fortbestehens außerkonstitutioneller Herrschaftsenklaven (Faust 2000; Hartmann 2002; Merkel et al. 2003; Lauth 2004). Auf solchen Zuständen unvollendeter Demokratisierung liegt heute das Hauptaugenmerk der politischen Transformationsforschung.

Als einen entscheidenden Hemmfaktor für progressive demokratische Entwicklung identifiziert die jüngere Transformationsforschung das (Fort-)Bestehen konkurrierender informeller Institutionen und Praktiken (Helmke/ Levitsky 2004; Merkel/ Croissant 2000; O'Donnell 1996). Vor diesem Hintergrund haben Phänomene wie Klientelismus und Korruption an Aufmerksamkeit gewonnen. Korruption wird als Hemmfaktor für vertiefte Demokratisierungsprozesse regelmäßig eine gewichtige Rolle zugesprochen (so von Merkel et al. 2005; Tatic/ Walker 2006; Brusis/ Thiery 2005; Lauth 2004; Whitehead 2002; Diamond 1999), ohne dass die komplexen Zusammenhänge zwischen beiden vielschichtigen Phänomenen bereits systematisch ausgeleuchtet wären.

Den eigentlichen Ausgangspunkt der neueren Korruptionsforschung bildet allerdings nicht die politische Transformationsforschung, sondern die institutionenökonomisch orientierte Volkswirtschaftslehre und Entwicklungsökonomie. Hintergrund sind akteurszentrierte und neo-institutionalistische Analyseansätze, die in den 1980er Jahren die Dominanz strukturalistischer Argumentationen in den Sozialwissenschaften ablösten und politische wie ökonomische Forschungsstränge nachhaltig beeinflussten. Diese Analyseansätze erklären kollektive Phänomene aus dem Handeln individueller Akteure, vermittelt über Institutionen als verhaltensstrukturierende „Spielregeln“. Geht es der politischen Transformationsforschung in erster Linie um die Rückwirkungen institutioneller Arrangements auf demokratische



Entwicklung, fragt die Institutionenökonomik primär nach deren wohlfahrtsbezogenen Implikationen. Das Hauptinteresse der institutionenökonomisch inspirierten Korruptionsforschung liegt dementsprechend einerseits auf den sozioökonomischen Auswirkungen von Korruption. Der Fokus richtet sich jedoch auch und zunehmend auf die Anreizwirkungen unterschiedlicher (politisch-)institutioneller Arrangements für korruptes Verhalten, oder auf deren Erklärungskraft für unterschiedliche Korruptionsniveaus auf aggregierter Ebene. Damit werden Fragen berührt, die auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive von Interesse sind.

Im Gefolge eines neo-institutionalistisch orientierten Paradigmenwechsels in der Entwicklungspolitik, mit angetrieben durch die weltweiten Umbruchprozesse seit 1989, gewann die Korruptionsforschung in den 1990er Jahren rasant an Prominenz. „*Good Governance*“, oftmals verkürzt mit „Gute Regierungsführung“ übersetzt, wurde zum neuen entwicklungspolitischen Leitbild (Nuscheler 2009) - verbunden mit einem „take-off der Korruptionsbekämpfung“ (von Alemann 2005: 15, Debiel/ Pech 2009). Die Transformation „(u)ndemokratischer, schlecht regierter Staaten mit einem hohen Grad der Korruption“ (Holtz 2009) wurde nunmehr als eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Wenngleich sich dies als breiter Konsens durch einschlägige entwicklungspolitische Dokumente zieht, sind doch die Grundannahmen und Zusammenhänge im Einzelnen, wie noch zu zeigen sein wird, nicht endgültig geklärt.

Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen politisch-institutionellen Variablen und Korruption nimmt die jüngere Korruptionsforschung, wie oben erwähnt, erstere vor allem als Einflussfaktoren zur Erklärung unterschiedlicher Korruptionsniveaus in den Blick. Somit lässt sich die Perspektive der politischen Transformationsforschung („Welche Wirkungen hat Korruption auf Demokratisierungsprozesse?“) auch umkehren: „Welche Wirkungen haben Demokratisierungsprozesse auf Korruption?“ Bei erstem Anschein ließe sich hier ein negativer Zusammenhang vermuten – stellt Warren (2005) doch zurecht fest, dass

„(t)he goals most often mentioned in association with anti-corruption techniques – accountability, openness, and transparency – map roughly onto the democratic ideal that the central forces in political decision-making should be accountable representation and public justification“ (Warren 2005: 1).

Dem gegenüber steht der scheinbar paradoxe Befund, dass Korruption mit den Transformationsprozessen eher zugenommen als abgenommen zu haben scheint (Chang 2007). Welche Charakteristika kennzeichnen also genau den offenbar wechselseitigen und komplexen Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierung? Die vorliegende Studie hat zum Ziel, den Forschungsstand zu dieser Frage an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung zu rekonstruieren.

Eine Aufarbeitung des Forschungsstandes steht vor der Schwierigkeit, dass „Korruption“ und „Demokratisierung“ in der Literatur keineswegs einheitlich konzeptualisiert werden. Teil zwei widmet sich ausgewählten, hier besonders relevanten Differenzen und Kontroversen bezüglich der Begrifflichkeiten und Messkonzepte. Des Weiteren wird mit dem Neoinstitutionalismus der für die



neuere Forschung zum Themenfeld „Korruption und Demokratisierung“ zentrale analytische Rahmen vorgestellt.

Im Anschluss an diese begrifflich-konzeptionellen Aspekte wird die Forschungsliteratur in folgenden Teilschritten nach den konkreten Zusammenhängen zwischen Korruption und Demokratisierung befragt: In Teil drei ist zunächst zu prüfen, wie Korruption mit jenen Faktoren zusammenhängt, die als grundlegende Funktionsbedingungen der Demokratie gelten. In Anlehnung an Merkel et al. (2003) konzentriert sich die Darstellung dabei auf zwei Kategorien, die in der politischen Transformationsforschung besonders hervorgehoben werden: Wohlfahrt und Staatlichkeit. Ob es darüber hinaus systemspezifische Zusammenhänge zwischen Korruption und Demokratisierung gibt, ist Gegenstand des vierten Teils. Während sich die Transformationsforschung durch eine vergleichsweise hohe Anzahl an komparativen Arbeiten auszeichnet, das Korruptionsproblem allerdings nicht immer systematisch in den Blick nimmt, überwiegen für die institutionenökonomisch orientierte Korruptionsforschung quantitativ-empirische Beiträge, aber auch Länderstudien ohne systematischeren Vergleichsanspruch.¹ Nach einem Überblick über die Erkenntnisse der empirisch-quantitativen Forschung folgt eine Auswertung ausgewählter Studien geringerer Fallzahl und unterschiedlicher Erklärungsansätze. Teil fünf resümiert die Ergebnisse und identifiziert Arbeitsfelder für die zukünftige Forschungsagenda.

2. Korruption und Demokratisierung: Konzeptionen

2.1 Uneinheitliche Begriffe und Messkonzepte

Befragt man die Forschungsliteratur nach den Zusammenhängen zwischen Korruption und Demokratisierung, so ergibt sich die Schwierigkeit, dass unterschiedliche Studien mit Korruption beziehungsweise Demokratisierung unterschiedliche Dinge verbinden und abweichenden Messkonzepten folgen. Differenzen und Kontroversen sollen im Folgenden erörtert werden; dies kann freilich nur in der gebotenen Kürze und für besonders relevant erscheinende Aspekte geschehen.

Was wird in der Literatur unter „Korruption“ verstanden? Eine unumstrittene Definition gibt es nicht (vgl. zum Überblick Heidenheimer/ Johnston 2002). Eine „klassische“ Referenzdefinition – zumindest als Ausgangspunkt weitergehender Reflektionen – ist die auf Joseph J. Senturia zurückgehende Begriffsbestimmung „Korruption ist der Missbrauch öffentlicher Macht zu

¹ Johnston (2005) konstatiert durchaus treffend: „Despite the boom in interest in corruption over the past fifteen years, surprisingly little of the resulting research has been broadly and systematically comparative“ (Johnston 2005: 4).



privatem Nutzen“ (Senturia 1931: 449, zitiert in von Alemann 2005: 20). So definiert die Weltbank Korruption als „abuse of public office for private gain“ (World Bank 2007: 3), UNDP als

„[...] the misuse of public power, office or authority for private benefit—through bribery, extortion, influence peddling, nepotism, fraud, speed money or embezzlement“ (UNDP, 2004: 2).

Es besteht dabei, zumindest auf konzeptioneller Ebene, weitgehende Einigkeit darin, dass die Frage, ob ein solcher Missbrauch vorliegt, sich nicht nur an formalen Regelüberschreitungen orientieren kann. Ein Grund hierfür ist, dass die Regelsetzung selbst bereits durch Korruption beeinflusst sein kann – mit den Worten von Maxwell Cameron (2007: 4): „[...] one cannot have confidence in the ability of a corrupt legislator to make good laws.“ Als maßgeblich gilt daher auch, ob ein Verhalten gemessen an kontextgebundenen sozialen Maßstäben, die von den jeweiligen rechtlichen Normen abweichen können, als legitim oder illegitim betrachtet werden kann (von Alemann 2005). Freilich erhöht dies die forschungspraktischen Abgrenzungsprobleme.

In Bezug auf das Definitionselement des „privaten Nutzens“ führen Kritiker an, dass Korruption in der politischen Sphäre oftmals weniger in rein privaten Selbstbereicherungsmotiven begründet liege als vielmehr im Streben nach dem Erhalt oder dem Ausbau politischer Macht – ein Einwand, der gerade auch im Demokratisierungskontext Beachtung verdient. Susan Rose-Ackerman schlägt daher als erweiterte Definition den „[...] abuse of public power for private or political gain“ vor (Rose-Ackerman 2006: 45; ähnlich Fritz 2006).

Noch schwieriger als die Definition gestaltet sich die Messung von Korruption. Da beispielsweise die direkte Befragung von Amtsinhabern zu ihrem Gebaren bestenfalls unsichere Daten generiert, offizielle Statistiken aber von unterschiedlicher Qualität und mit erheblichen Dunkelziffern behaftet sind, wird in der Regel auf Verfahren zur Erfassung der *Wahrnehmung* der Korruptionsverbreitung zurückgegriffen. So stützen sich zahlreiche empirisch-quantitative Studien auf den Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International oder den Control of Corruption Index der Weltbank (Lambsdorff 2008; Kaufmann/Kraay/Mastruzzi 2009). Als so genannte „*Polls of Polls*“ fassen beide Indizes seit Mitte der 1990er Jahre regelmäßig eine größere Anzahl von Einzelerhebungen zusammen. Letzteres geschieht, um die statistische Verlässlichkeit der Ergebnisse zu erhöhen.

Die in der Begriffsdiskussion reflektierten Korruptionsdimensionen werden hier jedoch nur bedingt abgebildet. Da sich die den *Polls of Polls* zugrunde liegenden Einzelerhebungen zum überwiegenden Teil auf Befragungen von Vertretern des Privatsektors und Risikoanalysten stützen, wird insbesondere auf Korruption in der Administration fokussiert, und hier vor allem auf Bestechung im Spektrum der Großkorruption. In der Tendenz vernachlässigt wird so Korruption in der politischen Sphäre, aber auch Korruption an der Schnittstelle zwischen Staat und Bürgern (Johnston 2005).

Darüber hinaus bereitet die Subjektivität wahrnehmungsbasierter Daten gerade auch im Kontext von Demokratisierungsprozessen besondere Interpretationsprobleme. Wahrnehmungen können durch viele Faktoren beeinflusst sein (ökonomische, politische, gesellschaftliche), ohne dass ein unmittelbarer



Zusammenhang zum tatsächlichen Korruptionsausmaß notwendig gegeben sein muss. In Folge politischer Liberalisierung können solche Faktoren beispielsweise eine freiere Medienlandschaft oder auch die zunehmende Instrumentalisierung von Korruptionsvorwürfen im verschärften politischen Wettbewerb sein (von Alemann 2005). Mit entsprechender Vorsicht sind Messergebnisse zum wahrgenommenen Korruptionsausmaß in diesen Kontexten zu interpretieren.

Der Begriff der „Demokratisierung“ bezeichnet den Wandlungsprozess von einem autoritären hin zu einem demokratischen System. Als Referenzmodell dienen in der Literatur teils „schlankere“, teils „maximalistischere“ Demokratiekonzepte. Ein häufiger konzeptioneller Ausgangspunkt ist zunächst das Polyarchiekonzept nach Dahl (1971). Konstitutiv für Polyarchien (im Sinne der realtypische Annäherung an das demokratische Ideal im modernen Nationalstaat) sind diesem Konzept zufolge die Prinzipien der politischen Partizipation und des politischen Wettbewerbs. Dahl benennt eine Anzahl von institutionellen Mindestvoraussetzungen, die eine politische Ordnung erfüllen muss, um diese Prinzipien verwirklichen zu können, darunter periodische freie und faire Wahlen und politische Teilhaberechte wie Assoziations- und Meinungsfreiheit. Dahl's Konzept fokussiert mithin auf die vertikale Dimension demokratischer Herrschaftslegitimation und -kontrolle. Als relativ „schlankes“ Konzept gilt es gegenüber anspruchsvolleren Ansätzen als entsprechend weniger voraussetzungsvoll und kontextoffener (Basedau 2003; Hartmann 2002; Emminghaus/ Nord 2000).

In der jüngeren Transformationsforschung sahen unter anderem Schmitter und Karl (1991), Krennerich (1999) oder Merkel et al. (2003) die Notwendigkeit, zusätzliche, für den liberalen Rechts- und Verfassungsstaat konstitutive Kriterien in den Anforderungskatalog mit einzubeziehen: die rechtsstaatliche Garantie der bürgerlichen Abwehrrechte sowie die wechselseitige Gewaltkontrolle. Darüber hinaus wird vermehrt die Anforderung explizit gemacht, dass die effektive Regierungsgewalt tatsächlich exklusiv bei den demokratisch legitimierten Repräsentanten liegen muss und nicht bei außerkonstitutionellen Akteuren (Merkel et al. 2003). Wie eingangs erwähnt, werden die typischen Defizite hybrider oder „defekter“ Systeme von der neueren Transformationsforschung nicht zuletzt in diesen, über die Demokratievorstellung Dahls hinausgehenden Bereichen verortet. So identifizieren Merkel et al. (2003) als international häufigste Erscheinungsform „defekter“ Demokratien den Typus der „illiberalen Demokratie“, der vornehmlich durch einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit charakterisiert sei.

Gerade auch die transformationstheoretischen Beiträge zum Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Korruption stellen durchaus stark auf die Dimension rechtsstaatlicher Herrschaftsausübung ab (Merkel et al. 2003; Merkel/ Croissant 2000; Faust 2000). Allerdings spiegeln sich die erweiterten, mehrdimensionalen Kriterienkataloge nur bedingt in den gängigen Indizes zur Messung der Demokratiequalität wieder. Das wiederum hat für die Beiträge der institutionenökonomisch inspirierten Korruptionsforschung besondere Relevanz, da diese einen vergleichsweise starken Akzent auf empirisch-quantitative Ansätze legen.



Länger etablierte Zeitreihen für große Fallzahlen bieten vor allem der Freedom House Index, der Polity-Index nach Jagers und Gurr und der Polyarchie-Index nach Vanhanen (Lauth/ Pickel/ Welzel 2000). Während der Vanhanen-Index Partizipation und Wettbewerb operationalisiert, erfasst der Polity-Index neben der vertikalen Herrschaftsdimension auch das Ausmaß an Machtbegrenzung der Exekutive. Der Freedom House Index wiederum berücksichtigt primär die Verwirklichung von politischen Beteiligungsrechten (Teilindex *political rights*) und bürgerlichen Freiheitsrechten (Teilindex *civil liberties*). Die empirisch-quantitativen Studien zum Themenfeld Demokratie beziehungsweise Demokratisierung und Korruption beschränken sich in der Regel allerdings auf den Teilindex für politische Rechte (vgl. Kap. 4.1.). Erfasst wird also jeweils nur ein Teilausschnitt der relevanten Wirklichkeit – tendenziell zu Lasten der vertikalen Herrschaftsdimension.

Kontrovers gestritten wird in der Transformationsforschung schließlich um die Frage der Abgrenzung zwischen einzelnen Demokratisierungsphasen: Liberalisierung des autoritären Systems; Transition zum demokratischen System; Konsolidierung der demokratischen Ordnung (Merkel et al. 2003; Munck 2001; Hartmann 2002). Denn diese Frage ist verbunden mit dem Anforderungsprofil an die einzelnen Phasen: ab wann kann etwa von einer (wenn auch defekten) Demokratie im Sinne des Abschlusses der Transitionsphase überhaupt gesprochen werden? Entscheidender als die Phasenabgrenzung selbst, die letztlich empirisch unscharf bleibt (Munck 2001), ist für unsere Fragestellung jedoch, auf welche Transitions- und Konsolidierungsanforderungen in der Literatur im Wesentlichen rekurriert wird. Denn diese müssen konkreter auf ihre Zusammenhänge mit Korruption hin überprüft werden. Neben der Abhaltung freier und fairer Gründungswahlen und der verfassungsrechtlichen Normierung demokratischer Grundstrukturen ist hier vor allem die Verfestigung der faktischen Geltungskraft demokratischer „Spielregeln“ zu nennen (Merkel et al. 2003; Munck 2001). Dabei konzentriert sich die Transformationsforschung zwar vornehmlich auf Institutionen und Elitenhandeln auf der Makro- und Mesoebene des politischen Systems. Autoren wie Merkel (1999: 144) halten die Konsolidierung jedoch erst dann für abgeschlossen, wenn „[...] die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben gegenüber der Demokratie reflektieren“. Studien, die diese Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster auf der Mikroebene in Beziehung zu Korruption setzen, sind für unsere Fragestellung also ebenfalls von Bedeutung.

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass unterschiedliche – teils „minimalistischere“, teils „maximalistischere“ - Konzepte und Messverfahren zur Erfassung von Korruption und Demokratisierung nebeneinander existieren, wobei empirisch-quantitative Instrumente tendenziell „schlankere“ Modellen zuneigen. Dies ist bei der Interpretation der Forschungsergebnisse in der Literatur zu berücksichtigen. Ferner kann festgehalten werden, dass zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Korruption und Demokratisierung der Frage nach der faktischen Geltungskraft demokratischer „Spielregeln“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die Bedeutung dieses Faktors wird im folgenden Abschnitt genauer beleuchtet.



2.2 Neo-Institutionalismus als zentraler Analyserahmen

Für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierung kann die neo-institutionalistische Herangehensweise als zentrales konzeptionelles „Scharnier“ zwischen Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung fruchtbar gemacht werden. Wie eingangs erwähnt, lösten akteursorientierte und neo-institutionalistisch argumentierende Sichtweisen in den 1980er Jahren zunehmend die zuvor in den Sozialwissenschaften dominierenden systemorientiert und strukturalistisch argumentierenden Stränge ab (Merkel 1996). Zwar wird die begrenzende oder ermöglichende Bedeutung struktureller Rahmenbedingungen nicht geleugnet, Ausgangspunkt sind in Anlehnung an Theorien der „*Rational Choice*“ (rationalen Wahl) jedoch die Präferenzen, Interessen und Strategien von Akteuren. Institutionen wiederum stellen nach neo-institutionalistischem Verständnis die „Spielregeln“ gesellschaftlicher Interaktionen dar, die einerseits von den Akteuren („Spielern“) gesetzt werden oder evolutionär aus Interaktionen entstehen, die andererseits aber auch den Handlungsspielraum der Akteure konstituieren und so kollektive soziale Phänomene beeinflussen (Faust/ Marx 2002).

Gegenüber einem klassischen Institutionenverständnis, das sich vor allem auf die maßgeblichen Staatsorgane konzentrierte, werden Institutionen nach dem neo-institutionalistischen Begriffsverständnis definiert als

„[...] formal and informal rules, enforcement characteristics of rules, and norms of behavior that structure repeated human interaction through constraints, incentives and enhancement“ (North 1990: 131).

Institutionen – ob formal als autoritativ gesetztes Recht oder informal als gesellschaftlich-kulturelle Verhaltensnormen² – tragen dazu bei, Erwartungssicherheit zu schaffen, Transaktionskosten zu reduzieren und die Wahrscheinlichkeit kooperativer Interaktion zu erhöhen (Faust/ Marx 2002). Während formale Regeln durch autoritative Setzung relativ zügig verändert werden können, sind informale Regeln auf diese Weise jedoch nur schwer zu steuern.

Die Institutionalisierung valider demokratischer „Spielregeln“ wird als eine zentrale Anforderung an die Konstituierung und Festigung junger Demokratien angesehen. Informale Institutionen können dazu in positiver Weise beitragen, die Herausbildung geltungskräftiger formaler Institutionen aber auch entscheidend behindern. Merkel et al. (2003) zufolge können zwar gerade in Umbruchsituationen auftretende funktionale Defizite neuer formaldemokratischer Arrangements durch informale Arrangements auch kompensiert oder überbrückt werden. Wo formal-demokratische durch informale Normen jedoch systematisch untergraben, parasitär vereinnahmt, verformt oder gar verdrängt werden, stellen letztere entscheidende Demokratisierungsblockaden dar (Merkel/ Croissant 2000; Helmke/ Levitsky 2004; O'Donnell 1996). Dabei seien konfliktäre Konstellationen häufig Folge

² „Kultur“ kann in diesem Sinne als Summe von spezifisch kontextgebundenen informellen Institutionen verstanden werden (Faust/ Marx 2002).



historischer Pfadabhängigkeiten einerseits, rationaler Strategien der Bewältigung fortdauernder ökonomischer und politischer Problemakkumulationen andererseits (Merkel/ Croissant 2000).

Die institutionenökonomisch orientierte Korruptionsforschung nimmt ihrerseits eine Sichtweise ein, die Korruption durch institutionelle Anreizstrukturen mit-determiniert sieht. Diese institutionellen Anreize können Korruption – ungeachtet ihrer kollektiven Auswirkungen – aus Sicht des individuellen Akteurs rational erscheinen lassen:

“An individual rationally opts for corruption when, given her/ his preferences, the institutional system of incentives and opportunities makes such activity profitable” (Della Porta/ Vannucci 2006: 24).

Auch wenn die Korruptionsforschung im Wesentlichen auf formal-institutionelle Anreize fokussiert, können diese Anreize prinzipiell sowohl von formalen als auch von informalen Institutionen ausgehen, beispielsweise von sozialen Sanktionsmechanismen (Rose-Ackerman 1999). Mit zunehmend endemischem Charakter – Korruption wird dann von einem abweichenden Verhalten zunehmend zur „Norm“ – nimmt Korruption allerdings auch selbst „institutionalisierte“ oder regelhafte Gestalt an (Merkel/ Croissant 2000). Eine regelhafte Verfestigung kann sich auf Teilbereiche beschränken. Je verbreiteter und gesellschaftlich tief reichender das entsprechende Verhalten allerdings als „normal“ und legitim angesehen wird, desto weniger wird man *per definitionem* von Korruption überhaupt sprechen können. Wo die Grenze zwischen legitimem Verhalten und Korruption letztlich zu ziehen ist, ist eine für den jeweiligen Länderkontext empirisch zu beantwortende Frage.

In Demokratisierungskontexten ist Korruption häufig eingebettet in informelle Klientelbeziehungen, die vertikal tief in die betroffenen Gesellschaften hinein reichen können. Die enge Verbindung zwischen endemischer Korruption und Klientelismus wird bereits durch die Tatsache illustriert, dass die wahrgenommene Korruption häufig als Annäherungsindikator zur Messung von Klientelismus dient (Kitschelt 2000; Basedau 2003). Vorherrschende Patron-Klient-Beziehungen gelten als Ausdruck von Machtgefällen in den betroffenen Gesellschaften und sind gekennzeichnet durch den wiederholten, zumeist asymmetrischen Austausch von Ressourcen zwischen einem nach Macht und Status höher gestellten Patron und seinem Klientel (häufig in Form materieller gegen politische Unterstützung). Die Einbettung von Korruption in klientelistische Beziehungsstrukturen kann, in Anlehnung an Schramm und Taube (2002), etwa dergestalt sein, dass Personenvertrauen und informelle Normen in Patron-Klient-Beziehungen die mit Korruption verbundenen Transaktionskosten (wie Anbahnungs- und Geheimhaltungskosten) senken können. Umgekehrt kann Korruption selbst zur Regelstabilität in solchen Beziehungssystemen beitragen – durch wiederholte Interaktion oder in materiellem Sinne durch Ressourcenbeschaffung.

Die partikular strukturierten Klientelbeziehungen werden häufig als Hemmfaktor für die Ausbildung von Institutionenvertrauen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eingeschätzt (Faust/ Marx 2002). Jedoch ist zu betonen, dass sie primär instrumentellen Charakter besitzen (Brinkerhoff/ Goldsmith 2002; Faust 2002; Betz/ Köllner 2000), das heißt sie dienen dazu, Erwartungssicherheit zu schaffen, wo es aus Sicht der beteiligten Akteure keine



funktional vorteilhafteren Alternativen gibt. Gerade in sich liberalisierenden autoritären Systemen und jungen Demokratien gilt die formale Rechtsunsicherheit als besonders hoch (Clague et al. 1996). Beide, die Persistenz klientelistischer Beziehungen und verbreitete Rechtsunsicherheit, gelten zudem als eng verbunden mit faktisch stark asymmetrischen Machtbeziehungen, die auch regelbefolgendes Verhalten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene unwahrscheinlicher machen (Faust/ Marx 2002).

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen auf, wie neo-institutionalistische Ansätze für die Analyse des Zusammenhangs zwischen Korruption und Demokratisierung fruchtbar gemacht werden können. Der zuletzt genannte Hinweis auf die Bedeutung asymmetrischer Machtbeziehungen für die Geltungskraft gesellschaftlicher „Spielregeln“ – häufig verbunden mit Phänomenen sozioökonomischer Fragmentierung – verweist jedoch gleichzeitig darauf, dass strukturelle Rahmenbedingungen als begrenzender oder ermöglichender Faktor in die Analyse mit einbezogen bleiben müssen. Die Frage, wie Korruption mit solchen strukturellen Rahmenbedingungen zusammenhängt, wird im folgenden Teil diskutiert.

3. Korruption und zentrale Funktionsbedingungen der Demokratie

Wie hängt Korruption mit jenen Faktoren zusammen, die als grundlegende Funktionsbedingungen demokratischer Herrschaftsordnungen gelten? In Anlehnung an Merkel et al. (2003) konzentriert sich die folgende Darstellung dabei auf zwei Kategorien, die in der Transformationsforschung besonders hervorgehoben werden: Wohlfahrt und Staatlichkeit.

Ein höheres wirtschaftliches und soziales Entwicklungsniveau, insbesondere auch die Abwesenheit von extremer Armut und Einkommensungleichheiten, korreliert positiv mit der Überlebensfähigkeit von Demokratien und der Gewährleistung politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte (Przeworski et al. 1996, 2000; Clague/Gleason/Knack 2001; Vanhanen 1997).

Erfolgschancen für die Herausbildung funktionsfähiger Demokratien sieht die Transformationsforschung ferner vor allem dort gegeben, wo sich die politische Transformation auf der Basis endogen gesicherter Staatlichkeit vollzieht (Croissant 2001). Wo das Herrschafts- und Gewaltmonopol und die effektive Handlungsfähigkeit staatlicher Instanzen nicht institutionell gesichert sind, so das Argument, kann Herrschaft bestenfalls nur partiell demokratisiert werden (Merkel et al. 2003). Aus der Perspektive der Forschung zu fragiler Staatlichkeit weist auch Lambach (2009) auf die zentrale Bedeutung der Institutionenkapazität für die Ausbildung von Staatlichkeit hin. Merkel et al. (2003; vgl. bereits Crone 1988) sehen Staatlichkeit konkret bestimmt durch den Grad der Entscheidungsautonomie staatlicher Instanzen gegenüber gesellschaftlichen Akteuren einerseits, das Ausmaß der administrativen Handlungsfähigkeit des Staatsapparates zur effektiven Durchsetzung seines Gewaltmonopols und zur Umsetzung getroffener Entscheidungen andererseits.



3.1 Korruption und Wohlfahrt

Dass ein hohes Ausmaß von Korruption in der Regel hohe sozioökonomische Kosten mit sich bringt, ist weitgehender Konsens. Die Korruptionsforschung hat auf diese Frage einen Hauptakzent gelegt und zahlreiche Belege dafür zu Tage fördern können. So geht ein höheres Korruptionsausmaß unter anderem mit einem geringeren Pro-Kopf-Einkommen einher (Lambsdorff 2005a). Mit höherer Korruption vermindern sich zudem die Attraktivität eines Landes für internationale und einheimische Investoren und die Kapitalproduktivität. Korruption verringert zudem die Steuereinnahmen, verzerrt staatliche Ausgabenstrukturen und senkt die Qualität staatlicher Leistungen. Bereits 1998 arbeiteten Gupta, Davoodi und Alonso-Terme in ihrer einschlägigen Studie „Does corruption affect income inequality and poverty?“ heraus, dass höhere Ausmaße von Korruption mit höherer Ungleichheit der Einkommen und beim Zugang zu Land und Bildung einhergehen. Die Untersuchung „Corruption and the provision of health care and education services“ (Gupta/ Davoodi/ Tiongson 2000) weist nach, dass Korruption in signifikant negativer Weise mit staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung korreliert.

Kontroversen beziehen sich allem darauf, wie im Einzelnen die Kausalitätsrichtungen verlaufen und wie wechselseitige Wirkungszusammenhänge zu gewichten sind. Wenn, wie im Falle des Pro-Kopf-Einkommens, simultane Effekte in beide Richtungen zu vermuten sind, so lässt sich deren Verhältnis mit statistischen Mitteln nur schwer bestimmen (Lambsdorff 2005a).

Auch konnten gerade im ostasiatischen Raum entgegen konventionellen Erwartungen Länder mit hohem Korruptionsniveau sehr hohe Wachstumsraten erzielen (Sindzingre/ Milelli 2009; Khan 2006). Ein Grund könnte die Funktionalität informaler Institutionen sein, die in der Regel nur bei Studien geringerer Reichweite angemessene Berücksichtigung finden (Grindle 2007). So bedeutete Korruption in Südkorea und Taiwan vornehmlich den

„[...] transfer of a percentage of the profits earned by privately owned enterprises to government officials in return for policies and services that allow these enterprises to earn profits“ (Wedeman 1997: 460).

Demnach wurden hier in informeller Weise Dividenden transferiert im Austausch gegen industriepolitisch und institutionell vorteilhafte Anreize – eine Konstellation, die laut Wedeman (1997) mit nachhaltigem ökonomischen Wachstum durchaus kompatibel sein kann. Die zumindest temporäre „Funktionalität“ bestimmter korrupter Praktiken im Falle Chinas, insbesondere in der Anfangsphase des rasanten Transformationsprozesses hin zu marktbasierter Strukturen, ergab sich gemäß Taube (2009) daraus, dass der graduelle Wandel der formalen Institutionen dem Koordinationsbedarf einer sich rasch dezentralisierenden Ökonomie nicht Schritt hielt. In einem politisch und rechtlich unsicheren Umfeld diente Korruption unter anderem dazu, marktliche Aktivitäten und Zugänge zu Produktionsfaktoren hinreichend abzusichern:

„Without the financial means secured in the informal sector and protected against formal jurisdictional prosecution by means of corrupting local cadres, China’s private enterprise sector would not have been able to expand in the way observed and exert its growth promoting role in the Chinese economy.“ (Taube 2009: 14).



Zusammenfassend kann zwar davon ausgegangen werden, dass mit endemischer Korruption in der Regel hohe sozioökonomische Kosten verbunden sind. Dennoch ist die Höhe von Korruption bei der Frage von Wohlfahrtsgewinnen oder -verlusten unter Umständen weniger entscheidend als die Frage, wie die durch Korruption gesicherten Ressourcen letztlich genutzt werden und welche Steuerungsimpulse (informal-) institutionelle Anreize setzen.

3.2 Korruption und die Konsolidierung von Staatlichkeit

Welche Zusammenhänge ergeben sich zwischen Korruption und der Konsolidierung von Staatlichkeit als einer weiteren grundlegenden Funktionsbedingung demokratischer Ordnungen? Wie gesehen, können staatlich-institutionelle Entscheidungsautonomie und Handlungsfähigkeit als zentrale Bestimmungsfaktoren des Grades von Staatlichkeit gelten. Zugleich besteht zwischen beiden ein Trade-Off dergestalt, dass ein Mehr an Kooperation staatlicher Instanzen mit gesellschaftlichen Akteuren in der Regel zwar die staatlichen Möglichkeiten zur Umsetzung getroffener Entscheidungen erweitert, die staatliche Entscheidungsautonomie allerdings tendenziell schwächt. Ist ein Staat „zu schwach“, gibt dies gesellschaftlichen Partikularinteressen die Möglichkeit, staatlichen Institutionen ihre Agenda aufzuzwingen (Merkel et al. 2003; Croissant 2001).

Zwischen den Elementen von Staatlichkeit und dem Auftreten sowie den Implikationen von Korruption sind in der Forschungsliteratur enge Beziehungen herausgearbeitet worden. Bereits Mitte der 1960er Jahre brachte Huntington die Affinität zwischen schwacher staatlicher Entscheidungsautonomie und Korruption zugespitzt zum Ausdruck:

„Political organizations and procedures which lack autonomy are, in common parlance, said to be corrupt“ (Huntington 1965: 402).

Dabei können machtvolle gesellschaftliche Gruppen mit Hilfe von Korruption eine partikulare Umverteilung zu ihren Gunsten bewirken; möglich ist auch, dass gesellschaftlich dominante Eliten sich des Staates direkt bemächtigen und diesen dazu instrumentalisieren, gesellschaftliche Ressourcen auszubeuten (Amundsen 1999). Darüber hinaus kann Korruption als herrschaftsstrategisches Instrument zur „Anbindung“ relevanter gesellschaftlicher Gruppen an den sich selbst behauptenden Staat dienen. Gerade unter autoritären oder semi-autoritären Verhältnissen kann aus Kosten-Nutzen-Kalkül heraus Loyalität günstiger über Korruption und ökonomische Renten zu erreichen sein als über Repression oder politische Konzessionen (Ghandi/ Przeworski 2006; Acemoglu/ Robinson 2006).

Köhler und Zürcher (2004) legen am Beispiel der drei südkaukasischen Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien dar³, dass in diesen Länderfällen der Staat weder einfach von einer außerstaatlichen

³ In ähnliche Richtung argumentiert für Georgien unter Schewardnaze auch Barbara Christophe: „Corruption as a Means of Statebuilding“ (2004).



gesellschaftlichen Gruppe in Besitz genommen worden sei, noch besitze er Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Partikularinteressen. Vielmehr behaupte er – wenn auch in prekärer Weise – ein gewisses Maß an Stabilität, indem ein Teil der durch informelle Abgaben mobilisierten Ressourcen in gewaltfreie, rechtssichere und vertragssichere Räume durchgesetzter Staatlichkeit investiert werde, die jedoch nur loyalen strategischen Gruppen zugänglich seien. Die Strategie, mittels Kooptation oder an Akteure in den Provinzen „verliehener Autonomie“ zu regieren, berge allerdings ein Risiko: die auf diese Weise ermächtigten Gruppen könnten sich soweit konsolidieren, dass der Staat seine Initiative und das Monopol auf wesentlichen Steuerungsinstrumente wie Posten- und Ämtervergabe verliere.

Andere Beispiele schwacher Staatlichkeit finden sich im postkolonialen Subsahara-Afrika. Die bald nach der Unabhängigkeit in der Regel autoritär verfassten neopatrimonialen Herrschaftssysteme⁴ waren Ausdruck nur unvollständiger Staats- und Nationenbildung. Staatlichen Institutionen fehlte es häufig an Ressourcen und organisatorischer Kapazität, effektiv ins Hinterland auszugreifen. Es existierte mit wenigen Ausnahmen auch keine hinreichend etablierte ökonomische Gesellschaftsschicht, die kraftvoll genug gewesen wäre, um für die Stabilisierungs- und Legitimierungsinteressen der Machthabenden von Belang zu sein und eigene Entwicklungsinteressen einzufordern (Englebert 2000). In den ethnisch zumeist heterogenen Gesellschaften stand vielmehr die Loyalitätssicherung über die Einbindung traditioneller lokaler Autoritäten und Patrone mit eigenen ethno-regionalen Klientelen im Vordergrund (Van de Walle 2007). In einigen Ländern konnte sich eine Praxis des „*Hegemonial Exchange*“ (Rothchild 1986) etablieren; hier erfolgte eine proportionale Zuteilung staatlicher Ressourcen an herrschaftsrelevante ethnische Gruppen. In den erfolgreicherer Fällen (vor allem Kenia, Kamerun und der Elfenbeinküste) trug dieses Instrument zunächst zu politischer Stabilisierung bei. Eine Teilautonomie von politischer und gesellschaftlicher Sphäre bildete sich unter diesen Umständen allerdings nicht heraus. Als nach anfänglichen Wachstumserfolgen die Ressourcenbasis seit den 1970er Jahren zunehmend aufgezehrt wurde, untergrub diese Herrschaftsstrategie letztlich ihre eigenen Funktionsvoraussetzungen (Hartmann 1999).

Wo ehemals kooptierte Akteure aus den Strukturen ausscheren und in gegenseitigen Wettbewerb um Macht und knappe Ressourcen treten, droht Korruption, nicht mehr innere Konfliktpotentiale zu vermindern, sondern im Gegenteil desintegrative Tendenzen zu verstärken (Le Billon 2003). Einen Extremfall stellen die extraktiven politischen „Warlord Ökonomien“ dar, ein Begriff, den Reno (1998) für Länder wie Liberia, Sierra Leone, Angola oder den Kongo geprägt hat. Hier sind staatliche Strukturen nicht nur schwach, sondern nahezu irrelevant.

⁴ Als Neopatrimonialismus bezeichnen Bratton und Van de Walle (1997: 62) “[...] those hybrid political systems in which the customs and patterns of patrimonialism co-exist with, and suffuse, rational-legal institutions”.



Ganz anders die Situation in „starken“ Staaten, wie sich am Beispiel des „Entwicklungsstaates“ Südkorea illustrieren lässt. Korruption wurde zwar ebenfalls extensiv eingesetzt, jedoch übernahm sie hier primär die Funktion der Integration politischer und ökonomischer Akteursgruppen, einerseits um beiderseitigen Interessen an Unsicherheitsreduktion zu dienen (Johnston 2005; Kang 2002, Khan 2002), andererseits zur Mobilisierung entwicklungsnotwendiger Ressourcen (Faust 2000). Allerdings überforderte die über rasches Wachstum erreichte Ausdifferenzierung der Volkswirtschaft zunehmend die staatlichen Steuerkapazitäten. Es entwickelten sich sklerotische Kartelle zur Abwehr von Wettbewerbern, die ökonomische und politische Reformen zunehmend behinderten. Dies wurde nicht zuletzt in der krisenhaften Zuspitzung der Asienkrise 1997/98 deutlich (Faust 2000, Johnston 2005).

Zusammenfassend: Der Zusammenhang zwischen Korruption und der Konsolidierung von Staatlichkeit ist beiderseitig, und die Korruptionswirkungen auf Staatlichkeit beschränken sich nicht nur auf extrem dysfunktionale Ausprägungen (Vereinnahmung des Staates durch übermächtige gesellschaftliche Partikularinteressen, Plünderung gesellschaftlicher Ressourcen durch einen übermächtigen Staat). Unter den Bedingungen fragiler Staatsbildungsprozesse kann Korruption auch dazu dienen, ein Mindestmaß an staatlicher Handlungsfähigkeit durch Kooptation gesellschaftlicher oder politischer strategischer Gruppen herzustellen. Diese Strategie bleibt vor allem bei zu schwacher Macht- und Ressourcenbasis jedoch prekär und droht in destruktive Verteilungskämpfe umzuschlagen. Institutionell fortgeschrittene Umfelder mit einer strukturell annähernden Kräftebalance zwischen politischer und ökonomischer Sphäre erscheinen besser gewappnet, die destruktivsten Korruptionswirkungen zu vermeiden. Systemnotwendige Adaptionsleistungen drohen jedoch durch korrupte Elitenkartelle blockiert zu werden.

4. Systemspezifische Zusammenhänge

Gibt es systemspezifische Zusammenhänge zwischen Korruption und Demokratisierung? Im Folgenden werden zunächst die Erkenntnisse der empirisch-quantitativ orientierten Forschung zu dieser Frage aufgearbeitet, gefolgt von der Auswertung ausgewählter Studien geringerer Fallzahl und unterschiedlicher Erklärungsansätze.

4.1 Empirisch-quantitative Studien

Die empirisch-quantitativen Untersuchungen in unserem Themenspektrum betrachten politisch-institutionelle Faktoren primär (wenn nicht ausschließlich) als mögliche *Erklärungsfaktoren* für unterschiedliche Ausmaße von Korruption. Eine Entscheidung für Korruption als erklärende oder zu erklärende Variable in



den jeweiligen Modellannahmen schließt freilich nicht aus, dass in Wirklichkeit komplexere, etwa wechselseitige Kausalbeziehungen vorliegen.⁵

Um den Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierungsprozessen empirisch-quantitativ untersuchen zu können, wäre es optimal, für eine größere Anzahl von Ländern auf vergleichende *Längsschnittanalysen* zugreifen zu können. Diese sollten möglichst in die Zeit des autoritären Systems zurückreichen. So könnte dann nachverfolgt werden, wie sich die politische Systemqualität, Korruption und weitere relevante Einflussfaktoren im Zeitverlauf veränderten. Dies ist jedoch bisher, vor allem aus Gründen der Datenlage, nur vereinzelt erfolgt. So reichen die verlässlichsten Daten des CPI und des Weltbank-Korruptionsindex nur bis Mitte der 1990er Jahre zurück, als zahlreiche Demokratisierungsprozesse der „dritten Welle“ bereits begonnen hatten. Außerdem lassen sich die jeweiligen Länderwerte der zusammengefassten Polls of Polls über die Zeit nicht ohne Weiteres miteinander vergleichen (Lambsdorff 2006; vgl. auch Kaufmann/Kraay/Mastruzzi 2009). Gegebenenfalls kann nur auf - weniger hochwertige - Einzelindizes zurückgegriffen werden. Somit hat sich die empirisch-quantitative Korruptionsforschung bisher im Wesentlichen auf *Querschnittsdaten* konzentriert. Sie stellt also in der Regel weniger auf den Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierungsprozessen ab als vornehmlich auf den Querschnittsvergleich von Ländern variierender demokratischer Qualität. Rückschlüsse auf Entwicklungsdynamiken in einzelnen Gesellschaften können so nur indirekt vorgenommen werden.

Welche Ergebnisse lassen sich für die aktuelle Forschung festhalten? Zunächst zeigt ein einfacher Blick auf die jüngsten Werte des Corruption Perceptions Index von Transparency International - zumindest vordergründig - einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Korruption: von den zwanzig am wenigsten korrupten Staaten nach CPI 2008 sind achtzehn etablierte Demokratien, mit den Ausnahmen Hongkong und Singapur.⁶ Da der CPI Korruption in der politischen Sphäre tendenziell vernachlässigt, mag dies das Bild für die etablierten Demokratien allerdings etwas beschönigen (Johnston 2005).

Studien, die zusätzliche Einflussfaktoren wie den ökonomischen Entwicklungsstand berücksichtigen, kommen zu ambivalenteren Ergebnissen. So prüft Paldam (2002) den Einfluss der Systemqualität, gemessen am Freedom House – Political Rights Index, auf das wahrgenommene Korruptionsausmaß. Die Korrelation ist groß und signifikant, bricht jedoch in sich zusammen, sobald das Pro-Kopf-Einkommen in die Berechnung eingefügt wird. Nur für letzteres kann noch ein signifikant negativer Zusammenhang mit Korruption ermittelt werden. Mit anderen Worten: Verantwortlich für den ursprünglichen Befund ist das mit politischen Freiheiten in Beziehung stehende Pro-Kopf-Ein-

⁵ Dies kann auch zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen.

⁶ Vgl. Transparency International, Corruption Perceptions Index 2008: http://www.transparency.org/news_room/in_focus/2008/cpi2008/cpi_2008_table.



kommen – und nicht die politischen Freiheiten selbst (vgl. auch Persson/Tabellini/Trebbi 2003).

Eine zweite Gruppe von Studien berücksichtigt neben aktuellen Qualitäten demokratischer Systeme zusätzlich deren Dauerhaftigkeit. Treisman (2000) zieht neben dem aktuellen Status des Political Rights Index zusätzlich heran, wie lange die untersuchten Länderfälle bereits Demokratien waren. Er greift hierzu auf Daten zurück, welche auf Wahlen und Wettbewerb fokussieren. Treisman kommt zu dem Ergebnis, dass Systeme, die bereits sehr lange als Demokratien bezeichnet werden können, geringere Korruption aufweisen. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Pellegrini und Gerlagh (2007) sowie Blake und Martin (2006). Die drei Studien gehen bei etwas unterschiedlicher Herangehensweise von Zeiträumen zwischen 20-40 Jahren aus, bis signifikant geringere Korruption belegt werden kann. Allerdings fällt auch dieser Zusammenhang statistisch schwächer aus als der zwischen Korruption und dem ökonomischen Entwicklungsstand. Zudem gibt Treisman zu Bedenken, dass aufgrund der zu vermutenden Wechselwirkungen der spezifische Einfluss von Demokratiequalität auf Korruption in Wahrheit noch geringer sein könnte:

„Even these meager estimates may be too high [...]: the relationship between democracy and lower corruption may reflect that corrupt officials stifle democracy rather than that exposure to democracy reduces corruption“ (Treisman 2000: 41).

Angesichts dieser „mageren“ Ergebnisse ging eine dritte Gruppe von Studien dazu über, Maße für Demokratie zu nutzen, welche die horizontale Herrschaftsdimension stärker mit einbeziehen. Montinola und Jackman (2002) ziehen neben der Wahlbeteiligung und politischen Freiheitsrechten auch die Effektivität der Legislative als Gegengewicht zur Exekutive als Maßgabe heran. Ihr Ergebnis: Korruption in schwachen Demokratien sei sogar noch leicht höher ausgeprägt als in autoritären Regimen, während mit Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes der Demokratiequalität das Korruptionsausmaß signifikant abnimmt. Manow (2005) erhärtet dieses Ergebnis. Die Beziehung kann insofern im Sinne einer invertierten U-Kurve interpretiert werden – was Rock (2008) auf der Basis von *Längsschnittdaten* bestätigt. Er nutzt zur Demokratiemessung den Polity IV-Datensatz und lässt zusätzlich Maße für Institutionenqualität und Rechtsstaatlichkeit einfließen. Allerdings ist die Qualität des genutzten Korruptionsindex nicht unumstritten: um Korruption von 1982 bis 1997 zurückverfolgen zu können, muss sich der Autor auf Daten des Political Risk Service stützen. Diese aber gelten als vergleichsweise wenig verlässlich und valide (vgl. Lambsdorff 2005a).

Über die genannten hinaus konzentrieren sich andere Untersuchungen *ausschließlich* auf die horizontale Herrschaftsdimension. Obwohl diese für sich genommen noch kein ausreichendes Abgrenzungskriterium zwischen demokratischen und autoritären Systemen darstellt, so sind doch für den negativen Zusammenhang zwischen Korruption und der Unabhängigkeit und Qualität der Justiz (Ades/ Di Tella 1996, World Bank 1997, Herzfeld/ Weiss 2002) sowie der Stärke der Legislative gegenüber der Exekutive (Kunicova 2005, Gerring und Thacker 2004; Lederman/ Loayza/Soares 2001; Panizza 2001) signifikante Ergebnisse festzuhalten.

Bevölkerungsumfragen zeigen schließlich, dass durch Korruption das Vertrauen der Bevölkerung sowohl in öffentliche Bedienstete als auch in



demokratische Institutionen signifikant reduziert wird (vgl. für unterschiedliche regionale Kontexte Chang/ Chu 2006; Anderson/ Tverdova 2003; Canache/ Allison 2003; Seligson 2002). Eine Studie dieser Art haben Chang und Chu (2006) für die Länder Japan, die Philippinen, Südkorea, Taiwan und Thailand vorgelegt. Der asiatische Kontext ist sicherlich besonders interessant, da hier das Zusammengehen von Korruption und Wachstum wie auch kulturelle Faktoren den negativen Einfluss von Korruption auf das Institutionenvertrauen mildern könnten. Die Autoren ermitteln diesen Einfluss jedoch ebenso wie Studien aus anderen regionalen Kontexten.

Die Frage, welche *Wirkungen* Korruption auf *Systemwandel* ausübt, wurde in empirisch-quantitativen Arrangements aus den genannten Gründen (Konzentration auf Querschnittsdaten, unsichere Datenlage) bislang noch kaum untersucht. Erste empirische Studien auf Basis von Längsschnittdaten konnten aber zeigen, dass das Korruptionsniveau signifikant negativ mit der Wahrscheinlichkeit korreliert, dass ein Wandel von hybriden Systemen hin zu vollen Demokratien gelingt (Fjelde/ Hegre 2007). Im Ergebnis scheint Korruption zur Persistenz hybrider Systeme beizutragen:

"In spite of democratic elements in the formal institutions of the state, inconsistent regimes with high levels of political corruption are remarkably resistant to pressure for democratization" (Fjelde/ Hegre 2007: 23).

Zur Demokratiemessung wurde ein Datensatz genutzt, der auf einer Kombination des Polity Index und des Polyarchieindex nach Vanhanen basiert. Somit wird auch hier sowohl die vertikale als auch die horizontale Dimension demokratischer Systeme erfasst. Allerdings müssen sich auch Fjelde und Hegre für das Korruptionsmaß auf den vergleichsweise zweifelhaften Datensatz des Political Risk Service (hier 1985-2000) stützen.

Die Autoren erzielen *kein* signifikantes Ergebnis dahingehend, ob Korruption mit der Wahrscheinlichkeit der autoritären *Regression* hybrider Regime zusammenhängt. Auch wenn sich Anhaltspunkte für einen positiven (also ungünstigen) Zusammenhang ergeben, bleibt dieser insignifikant: „Corruption does not necessarily lead to a change toward autocracy“ (ebd.: 19).

Welche Erkenntnisse lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Faust (2000) verweist darauf, dass die Einführung demokratischer Verfahren vielfach auf dem Konsens beruhte, lediglich die vertikalen Elemente der Demokratie zu akzeptieren. Demgegenüber erweise sich gerade die Verfestigung von Rechtsstaat und Gewaltkontrolle in vielen jungen Demokratien als problematisch. Die empirischen Befunde helfen, dies zu erhellen. Offenbar können machtvoll korrupte Akteure oder „alte Seilschaften“ ihre Machtbasis auch über die Einführung von freien und (auf den ersten Blick) fairen Wahlen sowie grundlegenden politischen Beteiligungsrechten hinaus erhalten - und zudem Wege finden, den Prozess der vertieften demokratischen Entwicklung zumindest zu verlangsamen.

Empirisch-quantitative Studien stoßen dann an ihre Grenzen, wenn es um die Aufdeckung konkreter Kausalmechanismen geht, und wo informale, quantitativ schwerer zu erfassende Institutionen und Verfahren eine hohe Geltungskraft entfalten. Diese Aspekte werden im folgenden Kapitel prominenter behandelt.



4.2 Studien geringerer Fallzahl und erklärende Theoreme

4.2.1 „Wirkt“ Demokratisierung gegen Korruption?

Welche Wirkungen haben Demokratisierungsprozesse auf Korruption? Die empirisch-quantitativen Forschungsergebnisse deuteten darauf hin, dass Demokratisierung zwar in ihrer „vertieften“ Form als ein Faktor zur Eindämmung von Korruption angesehen werden kann, dass dies in den frühen Stadien der Demokratisierung aber regelmäßig nicht der Fall ist. Vielmehr decken sich die Anzeichen für *ansteigende* Korruptionsausmaße, wie sie sich aus der empirisch-quantitativen Forschung ablesen lassen, mit Studien geringerer Fallzahl beziehungsweise aus Einzelfallperspektive, die in eine ähnliche Richtung deuten (z.B. Chang 2007, Ristei 2006; Quah 2004; Lindberg 2003; Moran 2001; Rock 2000; Doig/ Theobald 2000; Harris-White/ White 1996).

Wie lässt sich dieser Befund erklären? Die Korruptionsforschung nimmt häufig den Vergleich zwischen autoritären Regimen und *etablierten* Demokratien als analytischen Ausgangspunkt. Gegenüber Autokratien haben diese zwar insgesamt stärkere Abwehrmechanismen gegen Korruption ausgebildet. Doch bieten sie auch systemspezifische Anreize für korruptes Verhalten, die in autokratischen Systemen so nicht bestehen.

Zwar werden durch ausgebildete Institutionen zur Gewährleistung von vertikaler und horizontaler Herrschaftskontrolle die Risiken der Aufdeckung und Sanktionierung korrupter Handlungen erhöht (Rose-Ackerman 1999, Chang/ Golden 2001). Dieser Mechanismus greift jedoch schon in etablierten Demokratien nur bedingt. Prinzipal-Agent-Modelle fokussieren auf das Auftragsverhältnis zwischen Prinzipal und eigeninteressierten Agenten. Wo Informationsdefizite hinsichtlich des Gebarens gewählter Amtsträger bestehen, erschwert dies die demokratische Kontrolle durch den Wähler (Bohara/ Mitchell/ Mittendorf 2004).

Darüber hinaus bergen der politische Wettbewerb, verbunden mit Ressourcenbedarf in Form von Wahlkampf- und Parteienfinanzierung, und vermehrte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Interessenvertretung systemspezifische Anreize zu Korruption. So wird die korrupte Einflussnahme partikularer Interessengruppen auf politische Entscheidungsprozesse auch in gefestigten Demokratien als zunehmendes Problem wahrgenommen (Johnston 2005).⁷

⁷ Die Grenze zwischen Lobbyismus und Korruption kann dabei fließend oder schwer nachzuweisen sein. So formulieren Della Porta/ Vannucci (2006: 31) mit Bezug auf die großen Skandale der 1980er und 1990er Jahre in Deutschland (Flick, CDU-Parteispenden): “[...] long-term relations of protection between certain major enterprises and the political parties [...] served to reduce the risks associated with direct bribery for specific political favors or decisions”.



Mit Blick auf die Wettbewerbsdimension gilt es als förderlich für integriertes Verhalten, wenn gewählte Amtsträger unsicher, jedoch nicht zu unsicher in Bezug auf ihre politische Zukunft sind. Ein mittleres Wettbewerbsniveau begünstigt den effektiven Einfluss der Wähler auf die Regierungspolitik, zu große Stabilität droht korrupte Strukturen dauerhaft zu verfestigen, während zu große Unsicherheit Anreize zur „schnellen Mitnahme“ extra-legaler Einkommen erzeugt (Rose-Ackerman 1999; Johnston 2005). Als ideales, moderates Maß der Wettbewerbsintensität gilt die

„[...] orderly, fair, decisive competition among a small number of well-institutionalized parties with strong links to significant, lasting groups and interests in society. Where competition falls short of this ideal, it may not reduce corruption, but rather lead to more of it“ (Johnston 2002: 785).

Wird nun versucht, den Befund höherer Korruptionsausmaße in frühen Stadien der Demokratisierung zu erklären, kann zunächst auf analoge Erklärungsmuster zurückgegriffen werden. So wird in der Literatur verwiesen auf die neuartigen elektoralen Korruptionsanreize, auf verkürzte Zeithorizonte im politischen Umbruch, die in einen „scramble for spoils“ mündeten (Johnston 2005: 32), und vor allem auf die Schwäche der neuen demokratischen Kontrollinstanzen – schwache Parlamente, ineffektive und häufig selbst korruptierte Gerichte und Strafverfolgung, schwache Zivilgesellschaften und Medien. Kurz: In frühen Stadien der Demokratisierung seien neue Korruptionsanreize bereits wirksam, während die Systemelemente, die Korruption eindämmen könnten, noch zu schwach sind und nicht greifen (Ristei 2006; Doig/ Marquette 2005; Whitehead 2002; Moran 2001; Weyland 1998; Harris-White/ White 1996 und andere).

Moran (2001) nimmt besonderen Bezug auf das Problem „dezentralisierter“ Korruption, das in Fällen simultaner Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse beobachtet worden ist (vgl. auch Gerring/ Thacker 2004; Sindzingre 2002). Für die Länderfälle Indonesien und Philippinen führt er den Wegfall autoritärer Kontrolle als einen Erklärungsfaktor an: die Dezentralisierungsprozesse hätten die politischen wie korruptionsbezogenen Zentralisierungsstrategien der Regime Marcos und Suharto umgekehrt und zu „unkontrollierten“ Formen der Korruption auf lokaler Ebene geführt. Bereits Shleifer/ Vishny (1993) hatten argumentiert, dass besonders starke Regime in der Lage sein könnten, als „stationary bandits“ Korruption zentral zu monopolisieren und zu koordinieren (vgl. dazu kritisch Lambsdorf 2005b).

Ein gerade für die postkommunistischen Staaten dominantes (Johnston 2005, Stykow 2004; Goldman 2003; Hellman/Jones/Kaufmann 2000; Trang 1994) und auch im lateinamerikanischen Kontext häufig besprochenes Thema (Whitehead 2002; Weyland 1998) ist zunehmende Korruption bei simultanem Zusammengehen von politischer und ökonomischer Liberalisierung. Entgegen der These möglicher Synergieeffekte (geringere Einfallstore für Korruption durch Deregulierung und Privatisierung) erwiesen sich die notwendigen institutionellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen häufig als unzureichend ausgebildet (Kitschelt 2000; Merkel et al. 2003; Faust 2000). Als



typisches Beispiel gilt der russische Fall⁸: hier führten rapide Liberalisierungsprozesse bei schwachen institutionellen Rahmenbedingungen und hoher Rechts- und Erwartungssicherheit zu massiven Bereicherungsmöglichkeiten für wechselnde Allianzen machvoller Akteure (Johnston 2005).

Stützten sich die bisherigen Erklärungsansätze vornehmlich auf die An- oder Abwesenheit formeller Anreizstrukturen, nehmen weitere Autoren die Bedeutung informeller Institutionen, gesellschaftliche Organisationsstrukturen sowie herrschaftsstrategische Aspekte stärker in den Blick. Im Vordergrund steht dabei Korruption als Bestandteil klientelistischer Beziehungssysteme.

Keefe (2005) nimmt explizit Bezug auf den oben erwähnten empirischen Befund Treisman's (2000) und erklärt diesen damit, dass die Dauerhaftigkeit von Demokratien als Indikator für demokratische Institutionalisierung, spezifischer aber für die Glaubwürdigkeit angesehen werden könne, mit der politische Wettbewerber ihren Wählern Politikversprechungen in Aussicht stellen. Wo formale Institutionen und Parteiorganisationen diese Glaubwürdigkeit nicht gewährleisten könnten, seien auch neu in den Wettbewerb eintretende Kandidaten darauf angewiesen, zum Aufbau von Wählerreputation auf personalistisch-klientelistische Netzwerke (eigene oder die anderer Patrone) zurückzugreifen. Diese wiederum begünstigten partikularistische Politiken und Korruption.

Fjelde und Hegre (2007) zufolge findet dieses Argument eine Entsprechung auf Wählerseite. Entgegen der Annahme, dass vor allem Informationsasymmetrien die Wähler als „Prinzipale“ davon abhalten können, korrupte Amtsträger per Abwahl zu sanktionieren, sei die Problematik häufig anders gelagert: Ist die Kapazität formaler Institutionen zur Umsetzung von Wählerpräferenzen schwach, so das Argument, könnten gerade auch aus Sicht gut informierter Wähler klientelistische Bindungen zu korrupten Amtsträgern als „funktionales Äquivalent“ dienen:

„(S)egments among the citizenry might reward the corrupt politicians, because the credibility of political promises for future institutionalized distribution is undermined by the weakness of the formal institutions, whereas corruption offers immediate and specific pay-offs“ (Fjelde/ Hegre 2007: 8).

Einen stärkeren Akzent auf die herrschaftsstrategische Bedeutung von Korruption legt Khan (2006). Er fokussiert auf Strategien der intra-elitären Mobilisierung politischer Anhängerschaft, Akkumulation und Redistribution. Bezug nehmend auf Länderfälle in Sub-Sahara Afrika und Südasien, müsste bereits aufgrund schwacher formaler Ökonomien, geringer Steuereinnahmen und Haushaltsspielräume nach wie vor auf informale Strategien der politischen Koalitionsbildung zurückgegriffen werden. Modifiziert seien allenfalls die Formen des Wettbewerbs, durch den die „Insider“ und „Outsider“ der

⁸ Vgl. für den russischen Fall bereits die vielsagenden Titel „The Piratization of Russia“ (Goldman 2003) oder „Russland – Korruption als Kollateralschaden der Transformation?“ (Styckow 2004).



Verteilungskoalitionen bestimmt werden, die Zahl der Fraktionen, deren Einbindung zur Machtsicherung notwendig sei, oder die „Geschäftsbedingungen“ der Einbindung, mit den zu beobachtenden opportunistischen Lagerwechseln in volatilen Allianzen.

Diese Kombination fortdauernder informeller Mechanismen des Machtzugangs und Machterhalts mit Elementen des demokratischen Wettbewerbs wird auch von anderen Autoren herausgehoben. Mit etwas unterschiedlichen Akzenten werden die neuen Hybridphänomene als „kompetitiver Klientelismus“ (Berg-Schlosser 2005), kompetitiver Partikularismus“ (Mungiu-Pippidi 2006) oder „fragmentierter Klientelismus“ (Johnston 2000) bezeichnet; hier werden informale Logiken in formal-demokratische Institutionen überführt. In dieser Kombination sieht Mungiu-Pippidi (2006) das teilweise massive Ansteigen von Korruption unter Demokratisierungsbedingungen vornehmlich begründet (vgl. auch Lindberg 2003).

Ungeachtet dessen wird die Bedeutung informaler Anreize, gesellschaftlicher Organisationsstrukturen und herrschaftsstrategischer Aspekte in der institutionenökonomisch orientierten Korruptionsforschung häufig vernachlässigt (vgl. die Kritik von Mungiu-Pippidi 2006; Weyland 2002). Im Vordergrund steht vielmehr die (verkürzte) Frage nach der An- oder Abwesenheit formal-institutioneller Anreizstrukturen. Gerade die Betrachtung von Demokratisierungsfällen unter strukturell ungünstigen Bedingungen erfordert jedoch offenbar ein vermehrtes Augenmerk darauf, welche Geltungskraft informale Institutionen entfalten und welchem „Mix“ aus Interaktionsregeln strategisch handelnde Akteure tatsächlich folgen.

4.2.2 Hemmt Korruption den Demokratisierungsprozess?

Die folgenden Ausführungen widmen sich der Frage, ob und inwiefern Korruption im Lichte der Forschung als Demokratisierungshemmnis angesehen werden kann – über die Frage ihres Einflusses auf grundlegende strukturelle und staatliche Funktionsvoraussetzungen hinaus. Das Hauptaugenmerk liegt dabei, gemäß dem Fokus der aktuellen Transformationsforschung, auf Korruption als Transitions- und Konsolidierungshemmnis.

Während Korruption in etablierten Demokratien zwar offenbar wachsende Bedeutung zukommt, sie hier jedoch selten systembedrohliche Wirkung entfalten kann (Johnston 2005, 2000), wird ihr als Hemmfaktor für vertiefte Demokratisierungsprozesse oft eine gewichtige Rolle zugesprochen (Merkel et al. 2005; Tatic/ Walker 2006; Brusis/ Thiery 2005; Lauth 2004; Whitehead 2002; Diamond 1999). Die empirisch-quantitativen Befunde zur Frage der Korruptionswirkung auf demokratische Entwicklung lieferten erste Hinweise darauf, dass höhere Korruption den Wandel von hybriden hin zu demokratischen Systemen unwahrscheinlicher macht (vgl. Kap. 4.1.).

Korruption wird von Seiten der Transformationsforschung am prominentesten im Kontext systemprägend defizitärer Rechtsstaatlichkeit thematisiert (Merkel et al. 2003; Faust 2000; Merkel/ Croissant 2000; Diamond 1999). Wie erwähnt, ist der Typus der „illiberalen“ Demokratie nach Merkel et al. (2003) zugleich die international häufigste Erscheinungsform „defekter“



Demokratien. Endemische Korruption steht der Ausbildung von Rechtsstaatlichkeit entgegen; sie behindert damit auch das Entstehen von Institutionenvertrauen (Faust/ Marx 2002). Wo Korruption zur breiten „Privatisierung“ von Politik, Verwaltung und Justiz führt, schlägt sich dies konkret in der Exklusion gerade sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen nieder – etwa in Form

„[...] eines weitgehend in Patronagebeziehungen eingebundenen Rechtssystem(s), das [...] jene Akteursgruppen bevorzugt, die bereit und in der Lage sind, den hohen Kostenaufwand zu bestreiten, der notwendig ist, um in einem Patronagesystem Recht zu erstreiten“ (Merkel et al. 2003: 273).

Auch Mechanismen der horizontalen Gewaltkontrolle können durch Korruption in Form der gewaltübergreifenden Kollusion korrupter Seilschaften beeinträchtigt sein (Cameron 2007).

Die vertikale Dimension demokratischer Herrschaft ist betroffen, wenn Korruption zum Zweck der Vorteilsbeschaffung im politischen Wettbewerb sowie zur Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse eingesetzt wird. Hier verletzt sie das demokratische Gebot prinzipiell gleicher politischer Partizipations- und Repräsentationschancen (Johnston 2005, 2000; Warren 2004; Doig/ Theobald 2000). Gerade weil der demokratische Legitimitätsanspruch auf der politischen Gleichheit der Bürger beruht, sehen es Merkel et al. (2003) als eine Eigentümlichkeit von Demokratien an, dass sie von Korruption in der politischen Sphäre stärker negativ betroffen seien als Autokratien.

Mechanismen vertikaler Herrschaftskontrolle können so weit ihrer Funktionalität beraubt sein, dass Wahlen sich als legitimatorisches „Feigenblatt“ zur Festigung von Macht nutzen lassen (Van de Walle 2007). Wo sich der politische Wettbewerb als (ungleicher) Wettbewerb um exklusiven Zugang zu staatlichen Pfründen darstellt, erhöht dies zudem die Gefahr desintegrativer Tendenzen (Johnston 2005).

Insgesamt wird Korruption also weithin als ein Phänomen wahrgenommen, das mit zunehmend endemischen Charakter zersetzend auf die Prinzipien und Spielregeln des demokratischen Prozesses wirkt, den demokratischen Legitimationsanspruch im Kern berührt und im Extremfall die Systemstabilität insgesamt in Frage stellen kann. Welche Hinweise zur weiteren Differenzierung der Korruptionswirkungen lassen sich aus der Literatur ablesen?

Nicht alle Korruptionsformen oder korrupt durchsetzten klientelistischen Netzwerke müssen das demokratische System in seiner Substanz bedrohen. Lauth (1999) sieht Varianzen für unterschiedliche Formen des Klientelismus. Da diese selbst regelmäßig mit korrupten Praktiken verbunden sind, sind Analogien möglich. So sieht Lauth in dem Typus der Vetternwirtschaft nur indirekte Auswirkungen auf das demokratische System gegeben, da hier lediglich die *Implementierung* existierender „Spielregeln“ zum Vorteil partikularer Gruppen instrumentalisiert wird. Wenn es jedoch machtvollen Interessen „von außen“ oder informellen Seilschaften an der Spitze des Staates „von innen“ gelingt, Prozesse formeller Entscheidungsfindung zu okkupieren, um die eigenen Partikular- und Machtinteressen exklusiv zu wahren, dann sei das demokratische System in seiner Substanz bedroht (Lauth 1999). Hier lassen sich Analogien zum Begriff des „*State Capture*“ in der Korruptionsforschung



ziehen (World Bank 2000), der sich auf Vereinnahmung sowohl im Bereich der Gesetzgebung als auch der Rechtsprechung bezieht.

Ein etwas abseitiger Diskussionsstrang verläuft entlang der Frage, ob und inwiefern bestimmte Ausprägungen von Korruption – einschließlich der Verwendung korrupt generierter Ressourcen – möglicherweise auch demokratieförderliches Potential in sich tragen. Hier werden auch einige Ansätze wieder aufgegriffen, die Korruption als mögliche Kompensation für defizitäre formale Arrangements analysieren.

Huntington (1968) lieferte auch hier frühe Impulse. Korruption könne dazu eingesetzt werde, über Patronagenetzwerke Parteiorganisationen aufzubauen und zu konsolidieren. Beispiele, in denen typischerweise potente politische Unterstützer mit staatlichen Ressourcen (wie Ämtern und Diensten) bedacht wurden, um Parteistrukturen aufzubauen, fänden sich etwa im Großbritannien und den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts, mit Blick auf den Aufbau der demokratischen Regierungsparteien in Israel oder nach der Unabhängigkeit Indiens.

Perkins (2000) stellt diese Möglichkeit nicht in Abrede und verweist seinerseits auf konkrete Beispielfälle. Ob allerdings Investitionen in den Parteaufbau getätigt werden, hänge grundsätzlich von dessen Funktionalität aus Sicht der politischen Akteure ab. Wo schwächer institutionalisierte, weniger ressourcenaufwendige Parteistrukturen ausreichten, um Machtzugang und Machterhalt zu sichern, werde Korruption zwar möglicherweise exzessiv zu diesem Zweck eingesetzt, aber nicht über den Umweg des Parteaufbaus. Er illustriert dies am Beispiel Russlands.

Van de Walle (2007) sieht strukturelle Begrenzungen patronagebasierter Parteieninstitutionalisierung. Diese Praxis setze einen vergleichsweise großen Staat mit substantiellen fiskalischen Ressourcen voraus. Während in Ländern mittleren Einkommens Klientelismus häufig zentral durch den Parteiapparat organisiert werde, sei er etwa in Sub-Sahara Afrika im Allgemeinen dezentral und nur selten parteilich organisiert. Hier überwiegt seiner Einschätzung nach bisher Klientelismus in Form der Pfründenwirtschaft (Mitgliedern politischer Allianzen werden Ämter zur Verfügung gestellt, um ihnen den persönlichen Zugang zu Staatsressourcen zu ermöglichen). Zwar gebe es Überschneidungen, ein wesentlicher Unterschied sei jedoch, dass Patronage nicht unbedingt, Pfründenwirtschaft aber in jedem Fall Elemente der Illegalität beinhalte. Insofern stehe sie demokratischer Institutionalisierung stärker entgegen, und sie *vermindere* die Anreize zur Konsolidierung der Oppositionsparteien.

Zwar sei im Falle stärker werdender Rechts- und Justizsysteme zu erwarten, dass sich die Tendenz von der Pfründenwirtschaft in Richtung Patronage verschiebe, die für Van de Walle eine gemäßigtere Form von „*Personal Rule*“ (an Personen statt an Recht gebundene Herrschaft) darstellt. Dies könne allerdings nur langsam und im Rahmen der strukturellen Begrenzungen geschehen. Mauritius und Botswana, die am längsten etablierten Demokratien in Afrika mit fortgeschrittener sozioökonomischer Entwicklung, böten jedoch Unterstützung für dieses Argument. In beiden Fällen gebe es relativ stark etablierte legale und administrative Normen und sehr wenig Pfründenwirtschaft.

Patronage in der Bürokratie sei jedoch weit verbreitet, und „[...] party organizations appear well-oiled with patronage“ (Van de Walle 2007: 59).

Gegenüber dem bisherigen Fokus auf intra-elitären Klientelismus nimmt Kitschelt (2000) Patron-Klient-Beziehungen primär als eine Möglichkeit der breiten Wähleranbindung in den Blick, die er als mögliches funktionales Äquivalent zu programmatischen Wähleranbindungen betrachtet. Kitschelt hebt insbesondere hervor, dass über die direkte klientelistische Austauschbeziehung eine durchaus enge, wenn auch besondere und temporäre Form der Rechenschaftspflicht gegeben sei:

“Politicians who refuse to be responsive to their constituents’ demands for selective incentives will be held accountable by them and no longer receive votes and material contributions. Of course, once constituencies have been bought off with selective incentives, politicians are free to pursue policy programs as they see fit“ (Kitschelt 2000: 852).

Dass klientelistische Wählerbindungen als solche „funktionieren“, also Wähler und Kandidaten beziehungsweise Wählerschaften und Parteien aneinander binden können, ist in der Literatur weniger strittig. Inwieweit dies allerdings demokratische Qualität hat oder zu vertiefter Demokratisierung beitragen kann, wird aus unterschiedlichen Perspektiven bezweifelt.

Die Frage klientelistischer Rechenschaftspflicht wird von Lindberg (2003) aufgegriffen. In seiner Fallstudie zu wachsendem elektoralen Klientelismus in Ghana (ein allerdings weithin als progressiv bewerteter Demokratisierungsfall) merkt er an, durch diese „alternativen Pakte der Loyalität“ werde das Prinzip der vertikalen Rechenschaftspflicht, bezogen auf öffentliche Angelegenheiten, nicht sozialisiert, sondern vielmehr untergraben (vgl. auch Pfeiffer 2004). Johnston (2000) konzidiert, dass über Korruption in klientelistischen Wählerbindungen eine große Zahl von Menschen in den politischen Prozess eingebunden werden kann. Jedoch geschehe dies zu den Bedingungen und im Dienste der Interessen der Eliten. Das größte Machtpotential der Wähler, die Stärke der Zahl, werde durch Partikularisierung wieder neutralisiert. Lauth (1999) sieht dennoch eine gewisse demokratische Qualität dadurch gewahrt, dass unter kompetitiven Bedingungen die Klienten oder Wähler unter mehreren Patronen auswählen können (vorausgesetzt, die Klientelbeziehungen sind nicht strikt ethnisch oder religiös definiert). Wie auch Lindberg und Johnston sieht Lauth jedoch keine tiefer reichenden Potentiale für demokratische Institutionalisierung, da die Loyalitäten weiterhin an Personen gebunden seien, das Institutionenvertrauen bleibe jedoch gering.

Am positivsten die Bewertung Hartmanns (2002): Er nimmt Bezug auf den (ebenfalls als progressiv bewerteten) Demokratisierungsfall Benin. Hier hätten klientelistische Herrschaftsstrukturen auf der lokalen Ebene den politischen Wettbewerb auf nationaler Ebene bisher nicht negativ beeinflusst. Benin, so Hartmann sogar, wäre nicht der erste Fall, in dem individuelles nicht-demokratisches Verhalten, wie zum Beispiel massiver Stimmenkauf, auf der kollektiven Ebene „demokratisierend“ wirken könne (Hartmann 2002: 18). Für den selben Länderfall sieht auch Banégas (1998) positive Sozialisierungseffekte:

„Le clientélisme électoral est un vecteur non négligeable d’apprentissage et d’expérimentation des règles du pluralisme pour les citoyens ordinaires.“ (Banégas 1998 : 76).





Gleichzeitig führt Banégas zum Stimmenkauf aus, dass die meisten von ihm befragten Wähler Geld von mehreren Kandidaten gleichzeitig annahmen. Ein etwaiger positiver Sozialisierungseffekt ergibt sich hier also offenbar nicht aus einer besonderen Verbindlichkeit der klientelistischen Austauschbeziehung, wie sie Kitschelt (2000) hervorhebt. Statt von einem konkreten Quid pro Quo erkennt Banégas darin vielmehr einen symbolischen Akt, etwa im Sinne einer „Rache des kleinen Mannes“ („l’instrument d’une revanche historique sur les ‚en-haut-du-haut‘“, S. 79).

Dass dies nachhaltige Sozialisierungs- oder Institutionalisierungseffekte plausibel machen kann, erscheint zwar nicht sehr überzeugend. Doch deuten die Beispiele Benin und auch Ghana darauf hin, dass ein verbreiteter elektoraler Klientelismus auf der lokalen Ebene progressive Demokratisierungsentwicklungen insgesamt zumindest nicht ausschließen muss. Den angesichts von Armut und langjähriger Instabilität „ganz erstaunliche(n) Prozess demokratischer Institutionalisierung“ in Benin erklärt Hartmann (2002: 318) freilich wesentlich mit anderen Faktoren – darunter auch weniger zwiespältigen informalen Institutionen, die der „Einbettung“ des Systems in gesellschaftlich-traditionale Strukturen dienen: etwa verfassungsrechtlich nicht fixierte informale Vermittlungsinstanzen, welche die Herrschenden auf konsensuales Regieren und auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln verpflichten.

Das kontextspezifische Zusammenspiel zwischen Korruption, formalen und informalen Institutionen kann also offenbar durchaus variable Implikationen für Demokratisierung nach sich ziehen. Zwar scheint es für „demokratisierende“ Korruptionswirkungen bestenfalls nur sehr begrenzten Spielraum zu geben. Doch unterhalb der Schwelle eines „State Capture“ ist progressive demokratische Entwicklung durch Korruption selbst dort nicht unbedingt in Frage gestellt, wo sie in Teilbereichen quasi-institutionalisierte Gestalt angenommen hat. Dies scheint am ehesten für „mildere“ Korruptionsformen im Bereich des Klientelismus auf lokaler Ebene, der parteipolitisch organisierten Patronage oder der Vetternwirtschaft im Verwaltungsapparat zuzutreffen. Wirkliche Tiefenschärfe ist in der Literatur allerdings noch nicht erreicht.

5. Fazit und Forschungsausblick

Während Demokratisierung in ihrer „vertieften“ Form als ein Faktor zur Eindämmung von Korruption angesehen werden kann, wirken in frühen Demokratisierungsstadien Mechanismen, die Korruption eher noch befördern. Umgekehrt wirkt endemische Korruption insbesondere dort hemmend auf demokratische Entwicklung, wo sie den Charakter eines systemprägenden Vereinnahmung des Staates („State Capture“) annimmt. Unterhalb dieser Schwelle jedoch scheint es auch „mildere“ Ausprägungen von Korruption zu geben, die selbst in quasi-institutionalisierter Gestalt progressive demokratische Entwicklung nicht unbedingt ausschließen.

Es handelt sich bei endemischer Korruption um ein Phänomen, das auch symptomatisch ist für übergreifende Problemzusammenhänge in der jeweiligen Gesellschaft, welche sich ihrerseits auf die Chancen erfolgreicher Demokratisierung auswirken. So ist sie häufig Ausdruck tiefer liegender

gesellschaftlicher Machtasymmetrien oder schwacher Staatlichkeit und trägt oft selbst zu deren Perpetuierung bei. Doch auch in Bezug auf sozioökonomische Entwicklung und Staatlichkeit beschränken sich die möglichen Korruptionswirkungen nicht nur auf eindeutig dysfunktionale Implikationen.

Die institutionenökonomische Korruptionsforschung und die politische Transformationsforschung näherten sich aus unterschiedlichen Richtungen der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratisierungsprozessen an. Dies geschah, wie aus der Analyse der Literatur deutlich wurde, nicht unbedingt in Form eines interdisziplinären Dialogs. Das zeigt sich beispielsweise in der geringeren Aufmerksamkeit der institutionenökonomisch inspirierten Korruptionsforschung für den sozial-institutionellen und herrschaftsstrategischen Kontext und in ihrem teils weniger reflektierten Umgang mit minimalistischen Demokratieindizes. Auf der anderen Seite erscheint das vielschichtige Phänomen der Korruption durch die politische Transformationsforschung nicht immer systematisch ausgeleuchtet.

Eine gemeinsame größere Tiefenschärfe könnte vor allem durch systematische Vergleichsstudien mittlerer Reichweite erreicht werden, die für variierende Demokratisierungsdynamiken das spezifische Zusammenwirken von Korruption, formalen und informalen Institutionen in den Blick nehmen. So bedürfte es genauerer Studien, in welchen Demokratisierungskontexten es zu welchen Ausprägungen und Implikationen von Korruption kommt. Dabei sollten auch vergleichsweise erfolgreiche „Demokratisierer“ mit eher ungünstigen strukturellen Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen werden. Wo Korruption als „funktionales Äquivalent“ für defizitäre formale Institutionen dient, stellt sich über längere Beobachtungszeiträume hinweg auch die Frage nach Re-Substitutionsprozessen und gegebenenfalls den Bedingungen dafür. Des Weiteren könnte sich als spezifisches Forschungsfeld anbieten, mögliche ambivalente Korruptionswirkungen im Bereich der interethnischen Integration in Demokratisierungskontexten zu untersuchen.

Empirisch-quantitativ eröffnet sich noch ein weites Forschungsfeld zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Korruption und Demokratisierungsprozessen über die Zeit. Zwar ergeben sich für die Rückverfolgung der Korruptionsvariablen bis in die Zeit vor Mitte der 1990er Jahre recht grundlegende Restriktionen hinsichtlich des Datenmaterials. Die sich seither stetig erweiternde Datenbasis sollte aber verstärkt für Zeitreihenanalysen genutzt werden. Dabei könnte beispielsweise untersucht werden, unter welchen Bedingungen Korruption beschleunigend oder hemmend auf autoritäre Regression Einfluss nimmt. Methodisch könnte sich das „*nested analysis*“-Design anbieten, das aufbauend auf quantitativen Analysen qualitative Tiefenuntersuchungen vornimmt. Schließlich erscheint ein spezifischerer Fokus auf die intermediären Instanzen der Interessenvermittlung zwischen Staat und Gesellschaft lohnend, die sowohl auf empirisch-quantitativer als auch auf qualitativer Ebene noch untererforscht erscheinen.





6. Literatur

- Acemoglu, Daron/ Robinson, James A. 2006: De Facto Political Power and Institutional Persistence, in: *American Economic Review*, 96 (2): 325-330.
- Ades, Alberto/ Di Tella, Rafael 1996: The Causes and Consequences of Corruption: A Review of Recent Empirical Contributions, in: Barbara Harris-White/ Gordon White (Eds.): *Liberalization and the New Corruption* (Institute of Development Studies Bulletin, 27 (2), Brighton): 6-12.
- Alemann, Ulrich von 2005: Politische Korruption: Ein Wegweiser zum Stand der Forschung, in: Ulrich von Alemann (Hg.): *Dimensionen politischer Korruption: Beiträge zum Stand der internationalen Forschung* (PVS-Sonderheft 35/2005), Wiesbaden: 13-49.
- Amundsen, Inge 1999: *Political Corruption: An Introduction to the Issues* (Christian Michelsen Institute, CMI Working Paper 7/1999), Bergen.
- Anderson, Christopher/ Tverdova, Yuliya 2003: Corruption, Political Allegiances, and Attitudes Toward Government in Contemporary Democracies, in: *American Journal of Political Science*, 47(1): 91-109.
- Banégas, Richard 1998: Marchandisation du vote, citoyenneté et consolidation démocratique au Bénin, in: *Politique Africaine* 69 (1): 75-87.
- Basedau, Matthias 2003: *Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika*, Wiesbaden.
- Berg-Schlosser, Dirk 2005: Korruption und Entwicklungsforschung, in: Ulrich von Alemann (Hg.): *Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung* (PVS-Sonderheft 35/2005), Wiesbaden: 311-327.
- Betz, Joachim/ Köllner, Patrick 2000: *Informale Politik im internationalen Vergleich: Ein Forschungsaufriß* (Arbeitspapier des Deutschen Übersee-Instituts, Forschungsgruppe Informelle Politik und politische Parteien im interregionalen Vergleich), Hamburg.
- Blake, Charles/ Martin, Christopher 2006: The Dynamics of Political Corruption: Re-examining the Influence of Democracy, in: *Democratization*, 13 (1): 1-14.
- Bohara, Alok K./ Mitchell, Neil J./ Mittendorff, Carl F. 2004: Compound Democracy and the Control of Corruption: A Cross-Country Investigation, in: *Policy Studies Journal*, 32 (4): 481-499.
- Bratton, Michael/ Van de Walle, Nicolas 1997: *Democratic Experiments in Africa: Regime Transitions in Comparative Perspective*, New York.
- Brinkerhoff, Derick W./ Goldsmith Arthur A. 2002: *Clientelism, Patrimonialism and Democratic Governance: An Overview and Framework for Assessment and Programming*, Paper prepared for USAID, Abt Associates Inc., Cambridge. http://www.abtassociates.com/reports/2002601089183_30950.pdf (03. August 2009).
- Brusis, Martin/ Thiery, Peter 2005: *Democracy and Governance. Exploring the Scope for Institutional Reforms*, Strategy Paper for the Conference "Political Management of Transformation – Enhancing Governance Capacity", Berlin, 5-7 October 2005.
- Cameron, Maxwell 2007: *Corruption, Encroachment, and the Separation of Powers*, Paper prepared for the Workshop on Corruption and Democracy, University of British Columbia, 8-9 June 2007. <http://democracy.ubc.ca/fileadmin/template/main/images/departments/CSDI/conferences/CorruptionConfCameron.pdf> (03. August 2009).
- Canache, Damarys/ Allison, Michael 2003: *Corrupted Perceptions: The Effect of Corruption on Political Support in Latin American Democracies*, Paper prepared for the XXIV International Congress of the Latin American Studies Association, Dallas-Texas, March 27-29, 2003.



- <http://home.earthlink.net/~allisonmhsd/sitebuildercontent/sitebuilderfiles/politicalcorruption.pdf> (03. August 2009).
- Chang, Eric C.C. 2007: Political Transition, Corruption, and Income Inequality in Third Wave Democracies (Afrobarometer Working Paper No. 79), Cape Town.
- Chang, Eric C.C./ Golden, Miriam A. 2001: Competitive Corruption. Factional Conflict and Political Malfeasance in Postwar Italian Christian Democracy, in: World Politics 53 (4): 588-622.
- Chang, Eric C.C./ Chu, Yun-han 2006: Corruption and Trust: Exceptionalism in Asian Democracies? in: The Journal of Politics, 68 (2): 259-271.
- Christophe, Barbara 2004: Using Corruption as a Means of Statebuilding: The Logic of Politics in Post-Socialist Georgia, in: Ole Norgaard/Sally Cummings (Eds.): The Role of the State for the Political and Economic Development in Post-Communist and Developing Countries, Aarhus.
- Clague, Christopher/ Keefer, Philip/ Knack, Stephen/ Olson, Mancur 1996: Property and Contract Rights under Democracy and Dictatorship, in: Journal of Economic Growth 1 (2): 243-76.
- Clague, Christopher/ Gleason, Suzanne/ Knack, Stephen 2001: Determinants of Lasting Democracy in Poor Countries: Culture, Development, and Institutions, in: The Annals, 573 (1): 16-41.
- Crone, Donald 1988: State, Social Elites, and Government Capacity in Southeast Asia, in: World Politics, 40 (2): 252-268.
- Croissant, Aurel 2001: Staat, Staatlichkeit und demokratische Transformation in Ostasien, Beitrag zur Tagung des Arbeitskreises Systemwechsel der DVPW in Kooperation mit Akademie Franz Hitze Haus, 5.-7. Juli 2001, Münster. <http://systemwechsel.uni-hd.de/systemwechsel/croissant.htm> (03. August 2009).
- Dahl, Robert 1971: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven.
- Debiel, Tobias/ Pech, Birgit 2009: Mit Korruptionsbekämpfung zum *take off* bei den MDGs? Zu Möglichkeiten und Grenzen einer entwicklungspolitischen Strategie, in: Eckhard Deutscher / Hartmut Ihne (Hg.): ‚Simplizistische Lösungen verbieten sich‘ – zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert (Arbeitstitel). Festschrift anlässlich des 65. Geburtstags von Uwe Holtz, Baden-Baden (i.E.).
- Della Porta, Donatella/ Vannucci, Alberto 2006: A Typology of Corrupt Networks, in: Junichi Kawata (Ed.): Comparing Political Corruption and Clientelism, London: 23-44.
- Diamond, Larry 1999: Developing Democracy: Toward Consolidation, Baltimore.
- Doig, Alan/ Theobald, Robin (Eds.) 2000: Corruption and Democratisation, London/Oregon.
- Doig, Alan/ Marquette, Heather 2005: Corruption and Democratisation: the litmus test of international donor agency intentions, in: Futures 37 (2-3): 199-213.
- Englebert, Pierre 2000: State Legitimacy and Development in Africa, Boulder.
- Emminghaus, Christoph/ Nord, Antonie 2000: Möglichkeiten und Grenzen der Messung von nicht konsolidierten Demokratien – Zur Aussagekraft globaler Demokratiemessung über politische Systeme in Afrika, in: Hans-Joachim Lauth/ Gert Pickel/ Christian Welzel (Hg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000: 163-183.
- Faust, Jörg 2000: Informelle Politik und ökonomische Krisen in jungen Demokratien, in: APUZ 21/2000: 3-9.
- Faust, Jörg/ Marx, Johannes 2002: Zwischen Kultur und Kalkül: Vertrauen, Sozialkapital und wirtschaftliche Entwicklung (Abteilung Politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik, Universität Mainz, Dokumente und Materialien Nr. 33), Mainz.
- Fjelde, Hanne/ Hegre, Havard 2007: Democracy Depraved. Corruption and Institutional Change 1985–2004, Paper presented to the 48th Annual Meeting of the International Studies Association, Chicago, 28 February-3 March 2007.



- http://www.prio.no/sptrans/-1050006328/file49128_corruptionandstability201106.pdf (03. August 2009).
- Freedom House 2009: Freedom in the World Country Ratings 1973-2009: <http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/CompHistData/CountryStatus&RatingsOverview1973-2009.pdf> (13. August 2009).
- Fritz, Verena 2006: Corruption and anti-corruption efforts (Overseas Development Institute, ODI Background Note), London.
- Gerring, John/ Thacker, Strom 2004: Political institutions and corruption: The role of unitarism and parliamentarism, in: British Journal of Political Science, 34 (2): 295-330.
- Ghandi, Jennifer/ Przeworski, Adam 2006: Cooperation, Cooptation and Rebellion under Dictatorships, in: Economics and Politics, 18 (1): 1-26.
- Goldman, Marshall 2003: The Piratization of Russia: Russian Reform Goes Awry, New York.
- Grindle, Merilee S. 2007: Good Enough Governance Revised, in: Development Policy Review, 25 (5): 553-574.
- Gupta, Sanjeev/ Davoodi, Hamid/ Alonso-Terme, Rose 1998: Does corruption affect income inequality and poverty? (IMF Working Paper No. 98/76), Washington DC.
- Gupta, Sanjeev/ Davoodi, Hamid/ Tiongson, Erwin 2000: Corruption and the provision of health care and education services (IMF Working Paper No. 00/116), Washington DC.
- Harris-White, Barbara/ White, Gordon 1996: Corruption, Liberalization and Democracy, in: Barbara Harris-White/ Gordon White (Eds.): Liberalization and the New Corruption (Institute of Development Studies Bulletin, 27 (2), Brighton): 1-5.
- Hartmann, Christof 1999: Ethnizität, Präsidentschaftswahlen und Demokratie. Ein Beitrag zur Rolle von politischen Institutionen in den Demokratisierungsprozessen Afrikas (Institut für Afrika-Studien, Focus-Papier No. 13), Hamburg.
- Hartmann, Christof 2002: Defekte, nicht-konsolidierte oder gar keine Demokratie? Systemwechsel und -wandel in Westafrika, in: Petra Bendel/ Aurel Croissant/ Friedbert Rüb (Hg.): Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: 309-321.
- Hellman, Joel S./ Jones, Geraint/ Kaufmann, Daniel 2000: Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption, and Influence in Transition (World Bank, Policy Research Working Paper 2444), Washington DC.
- Helmke, Gretchen/ Levitsky, Steven 2004: Informal Institutions and Comparative Politics: A Research Agenda, in: Perspectives on Politics, 2 (4): 725-740.
- Heidenheimer, Arnold J./ Johnston, Michael (Eds.) 2002: Political Corruption: Concepts and Contexts, New Brunswick and London.
- Herzfeld, Thomas/ Weiss, Christoph 2002: Corruption and legal (in)effectiveness: an empirical investigation, in: European Journal of Political Economy, 19(3): 621-632.
- Holtz, Uwe 2009: Die Millennium-Entwicklungsziele – eine defekte Vision. Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und *good governance*, in: Tilman Mayer/ Volker Kronenberg (Hg.): Streitbar für die Demokratie, Bonn: 497-517.
- Huntington, Samuel P. 1965: Political Development and Political Decay, in: World Politics, Vol. 17 (3): 386-430.
- Huntington, Samuel P. 1968: Political Order in Changing Societies, New Haven.
- Huntington, Samuel P. 1991: The Third Wave. Democratization in the late twentieth century, London.
- Johnston, Michael 2000: Corruption and Democratic Consolidation, Paper presented at the Conference 'Democracy and Corruption', Princeton University, March 12 1999 (revised June 2000).



- Johnston, Michael 2002: Party Systems, Competition, and Political Checks against Corruption, in: Arnold J. Heidenheimer/ Michael Johnston (Eds.): Political Corruption. Concepts and Contexts, Third Edition, New Brunswick/ London: 777-796.
- Johnston, Michael 2005: Syndromes of Corruption. Wealth, Power, and Democracy, New York.
- Kang, David C. 2002: Bad Loans to Good Friends: Money Politics and the Developmental State in South Korea, in: International Organization, 56 (1): 177-207.
- Karl, Terry 1995: The Hybrid Regimes of Central America, in: Journal of Democracy, 6 (3): 72-86.
- Kaufmann, Daniel/ Kraay, Art/ Mastruzzi, Massimo 2009: Governance Matters VIII: Aggregate and Individual Governance Indicators 1996-2008 (World Bank, Policy Research Working Paper 4978), Washington DC.
- Keefer, Philip 2005: Democratization and clientelism: Why are young democracies badly governed? (World Bank, Policy Research Working Paper 3594), Washington DC.
- Khan, Mushtaq H. 2002: Patron-Client Networks and the Economic Effects of Corruption in Asia, in: Arnold Heidenheimer/ Michael Johnston (Eds.): Political Corruption: Concepts and Contexts, 3rd edition, New Brunswick/ London: 467-488.
- Khan Mushtaq H. 2006: Governance, Economic Growth and Development since the 1960s: Background Paper for the World Economic and Social Survey, o.O.
www.un.org/esa/policy/backgroundpapers/khan_background_paper.pdf (03. August 2009).
- Kitschelt, Herbert 2000: Linkages between Citizens and Politicians in Democratic Polities, in: Comparative Political Studies, 33 (6/7) 845-879.
- Krennerich, Michael 1999: Im Graubereich zwischen Demokratie und Diktatur. Methodische Ansätze und Probleme, in: Nord-Süd aktuell 13 (2): 229-237.
- Koehler, Jan/ Zürcher, Christoph 2004: Der Staat und sein Schatten. Betrachtungen zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus, in: WeltTrends, 12 (45): 84-96.
- Kunicova, Jana 2005: Political Corruption: Another Peril of Presidentialism? Paper prepared for the Midwest Political Science Associations Meetings, April 2002, Chicago (updated version of September 2005).
<http://web.archive.org/web/20051105085304/http://www.hss.caltech.edu/~jana/perilous+presidentialism+sep05.pdf> (03. August 2009).
- Lambach, Daniel 2009: Democratization, Stateness, and the Western Response to Countries in Crisis after 1989, in: Denisa Kostovicova/ Vesna Bojicic-Dzelilovic (Eds.): Persistent State Weakness in the Global Age, Surrey/ Burlington: 165-178 (i.E.).
- Lambsdorff, Johann Graf von 2005a: Consequences and Causes of Corruption – What do We Know from a Cross-Section of Countries? (Passauer Diskussionspapiere Volkswirtschaftliche Reihe, Diskussionsbeitrag Nr. V-34-05), Passau.
- Lambsdorff, Johann Graf von 2005b: Wieso schadet Korruption? in: Ulrich von Alemann (Hg): Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung (PVS-Sonderheft 35/2005): 233-248.
- Lambsdorff, Johann Graf von 2006: Ten years of the CPI: determining trends, in: Transparency International (Hg.): Global Corruption Report 2006, London: 292-297.
- Lambsdorff, Johann Graf von 2008: The Methodology of the Corruption Perceptions Index 2008, Transparency International/ Passau University.
<http://www.transparency.org/content/download/36193/568706> (29. Oktober 2009).
- Lauth, Hans-Joachim 1999: Informelle Institutionen politischer Legitimation und ihre demokratietheoretische Bedeutung. Klientelismus, Korruption, Putschdrohung und ziviler Widerstand, in: Hans-Joachim Lauth/ Ulrike Liebert (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen.



- Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert/ Welzel, Christian (Hg.) 2000: *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim 2004: Informelle Institutionen und die Messung demokratischer Qualität in Lateinamerika, in: *Lateinamerika Analysen* 7 (Februar): 121-146.
- Le Billon, Philippe 2003: Buying Peace or Fuelling War: The Role of Corruption in Armed Conflicts, in: *Journal of International Development* 15 (4): 413-426.
- Lederman, Daniel/ Loayza, Norman/ Soares, Rodrigo 2001: *Accountability and Corruption: Political Institutions Matter* (World Bank, Policy Research Working Paper 2708), Washington DC.
- Lindberg, Staffan I. 2003: 'It's Our Time to "Chop"': Do Elections in Africa Feed Neo-Patrimonialism rather than Counteract it? In: *Democratization*, 10 (2), 121-140.
- Manow, Philip 2005: Politische Korruption und politischer Wettbewerb: Probleme der quantitativen Analyse, in: Ulrich von Alemann (Hg.): *Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung*, Wiesbaden: 249-266.
- Merkel, Wolfgang 1996: Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? in: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*, 2. Auflage, Opladen: 303-332.
- Merkel, Wolfgang 1999: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/ Croissant, Aurel 2000: Formale Institutionen und informale Regeln in illiberalen Demokratien, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 40 (1): 3-30.
- Merkel et al. 2003: *Defekte Demokratie*, Band 1: Theorie, Wiesbaden.
- Montinola, Gabriella R./ Jackman, Robert W. 2002: Sources of Corruption: A Cross-Country Study, in: *British Journal of Political Science* 32 (1): 147-170.
- Moran, Jonathan 2001: Democratic transitions and forms of corruption, in: *Crime, Law and Social Change*, 36 (4): 379-393.
- Munck, Gerardo L. 2001: The Regime Question. Theory Building in Democracy Studies. Review Article, in: *World Politics* 54 (1): 118-44.
- Mungiu-Pippidi, Alina 2006: Corruption: Diagnosis and Treatment, in: *Journal of Democracy*, 17 (3): 86-99.
- North, Douglas C. 1990: *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*, Cambridge.
- Nuscheler, Franz 2009: *Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung?* INEF-Report 96, Duisburg.
- O'Donnell, Guillermo 1996: Illusions about Consolidation, in: *Journal of Democracy*, 7(2): 34-51.
- Paldam, Martin 2002: The Big Pattern of Corruption. Economics, Culture and the Seesaw Dynamics, in: *European Journal of Political Economy*, 18 (2): 215-240.
- Panizza, Ugo 2001: Electoral Rules, Political Systems, and Institutional Quality, in: *Economics and Politics*, 13 (3): 311-342.
- Pellegrini, Lorenzo/ Gerlagh, Reyer 2007: Causes of corruption: a survey of cross-country analyses and extended results, in: *Economics of Governance*, 9(3): 245-263.
- Perkins, Doug 2000: When is Political Corruption Good for Democracy? A comparative analysis of political machines, paper prepared for the 2000 Annual Meeting of the APSA, August 31-September 3.
- <http://www.douglasaperkins.com/portfolio/apsa2000.pdf> (21. August 2008).
- Persson, Torsten/ Tabellini, Guido/ Trebbi, Francesco 2003: Electoral Rules and Corruption, in: *Journal of the European Economic Association* 1 (4): 958-89.
- Polity IV Project 2007: *Polity IV Project Dataseries*: <http://www.systemicpeace.org/inscr/inscr.htm> (13. August 2009).
- Pfeiffer, Silke 2004: Vote buying and its implications for democracy: evidence from Latin America, in: *Transparency International (Hg.): Global Corruption Report 2004*, London: 76-83.



- Przeworski, Adam et al. 1996: What Makes Democracies Endure? in: *Journal of Democracy*, 7 (1): 39-55.
- Przeworski, Adam et al. 2000: *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge.
- Quah, Jon S. T. 2004: Democratization and political corruption in the Philippines and South Korea: A comparative analysis, in: *Crime, Law and Social Change*, 42 (11): 61-81.
- Reno, William 1998: *Warlord Politics and African States*, Boulder.
- Ristei, Mihaela 2006: *Institutions and Democratization: Corruption and the Rule of Law*, Paper presented at the 2006 annual meeting of the Midwest Political Science Association, Chicago, April 20-23.
http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/1/3/9/9/7/pages139977/p139977-1.php (29. Oktober 2009)
- Rock, Michael T. 2000: Thailand's old bureaucratic polity and its new semi-democracy, in: Mushtaq Khan/ Kwame S. Jomo (Eds.): *Rents and Rent-seeking and Economic Development: Theory and the Asian Evidence*, Cambridge: 183-206.
- Rock, Michael T. 2008: *Corruption and Democracy*, in: *Journal of Development Studies*, 45 (1): 55-75.
- Rose-Ackerman 1999: *Corruption and government: causes, consequences, and reform*, Cambridge/ New York/ Melbourne.
- Rose-Ackerman, Susan 2006: *Political Corruption and Reform in Democracies: Theoretical Perspectives*, in: Junichi Kawata (Ed.): *Comparing Political Corruption and Clientelism*, Hampshire/ Burlington: 45-61.
- Rothchild, Donald 1986: *Hegemonial Exchange: An Alternative Model for Managing Conflict in Middle Africa*, in: Dennis L. Thompson/ Dov Ronen (Eds.): *Ethnicity, Politics, and Development*, Boulder: 65-104.
- Senturia, Joseph 1931: *Corruption, Political*, in: Edwin R.A. Seligman/ Alvin S. Johnson (Eds.): *Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 4, New York: 448-452.
- Schmitter, Philippe C./ Karl, Terry 1991: What Democracy is ... and what it is not, in: *Journal of Democracy* 2 (3): 75-88.
- Schramm, Matthias/ Taube, Markus 2002: *The Institutional Economics of Legal Institutions, Guanxi, and Corruption in the PR China*, in: John Kidd/ Frank-Jürgen Richter (Hg.): *Fighting Corruption in Asia. Causes, Effects and Remedies*, Basingstoke, Hampshire: 271-296.
http://www.icgg.org/downloads/contribution10_schramm.pdf (03. August 2009).
- Seligson, Mitchell A. 2002: *The Impact of Corruption on Regime Legitimacy: A Comparative Study of Four Latin American Countries*, in: *The Journal of Politics*, 64 (2): 408-433.
- Shleifer, Andrei/ Vishny, Robert W. 1993: *Corruption*, in: *Quarterly Journal of Economics* 108 (3), 599-617.
- Sindzingre, Alice 2002: *A Comparative Analysis of African and East Asian Corruption*, in: Arnold J. Heidenheimer / Michael Johnston (Eds.): *Political Corruption. Concepts and Contexts*, Third Edition, New Brunswick/ London: 441-462.
- Sindzingre, Alice/ Milelli, Christian 2009: *The weak relationship between corruption and growth in developing countries: political economy, state capacity and threshold effects*, Paper prepared for the ECPR General Conference, Panel on The (Dys)functionality of Corruption, Potsdam, 10-12 September 2009
- Styckow, Petra 2004: *Der Fall Russland – Korruption als Kollateralschaden der Transformation?* in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 73(2): 247-263.
- Tatic, Sanja/ Walker, Christopher 2006: *Entrenched corruption and the challenge to democratic accountability*, in: Freedom House (Ed.): *Countries at the Crossroads: A Survey of Democratic Governance*, Lanham, MD: 1-10.
<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=140&edition=7&ccrpage=36> (03. August 2009).



- Taube, Markus 2009: Relational Corruption in the PR China. Institutional Foundations and Impact on Economic Development and Growth, Paper prepared for the ECPR General Conference, Panel on The (Dys)functionality of Corruption, Potsdam, 10-12 September 2009
- Transparency International 2008: Corruption Perceptions Index 2008: http://www.transparency.org/news_room/in_focus/2008/cpi2008/cpi_2008_table (29. Oktober 2009)
- Treisman, Daniel 2000: The Causes of Corruption: A Cross-National Study, in: *Journal of Public Economics*, 76 (3): 399-457.
- Trang, Duc V. (Hg.) 1994: *Corruption and Democracy. Political Institutions, Processes and Corruption in Transition States in East-Central Europe and the former Soviet Union*, Budapest.
- UNDP 2004: *Anti-corruption Practice Note*, New York.
- Van de Walle, Nicolas 2007: Meet the new boss, same as the old boss? The evolution of political clientelism in Africa, in: Herbert Kitschelt/ Steven I. Wilkinson (Eds.): *Patrons, Clients and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*, Cambridge: 50-67.
- Vanhanen, Tatu 1997: *Prospects of Democracy. A Study of 172 Countries*, London/ New York.
- Warren, Mark E. 2004: What Does Corruption Mean in a Democracy? in: *American Journal of Political Science* 48 (2): 328-343.
- Wedeman, Andrew 1997: Looters, Rent-Scrapers, and Dividend Collectors: Corruption and Growth in Zaire, South Korea, and the Philippines, in: *The Journal of Developing Areas*, 31 (4): 457-478.
- Weyland, Kurt 1998: The Politics of Corruption in Latin America, in: *Journal of Democracy*, 9 (2): 108-21.
- Weyland, Kurt 2002: Limitations of rational-choice institutionalism for the study of Latin American politics, in: *Studies in Comparative International Development*, 37 (1): 57-85.
- Whitehead, Laurence 2002: *Democratization – Theory and Experience*, Oxford.
- World Bank 1997: *World Development Report 1997*, New York.
- World Bank 2000: *Anticorruption in Transition. A Contribution to the Policy Debate*, Washington DC.
- World Bank 2007: *Strengthening World Bank Group Engagement in Governance and Anticorruption*, Washington DC.

Zuletzt erschienene INEF-Reporte

- Goede, Nils:** Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia. Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat für die Resolution 794. Duisburg (INEF-Report 98/2009), 42 S.
- Wulf, Herbert (Hg.):** Still Under Construction. Regional Organisations' Capacities for Conflict Prevention. Duisburg (INEF-Report 97/2009), 56 S.
- Nuscheler, Franz:** Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung?. Duisburg (INEF-Report 96/2008), 68 pp.
- Siebold, Thomas:** Armutsorientierte Entwicklung mithilfe von PRSPs? Eine Zwischenbilanz für Subsahara-Afrika. Duisburg (INEF-Report 95/2008), 63 S.
- Bliss, Frank/Neumann, Stefan:** Participation in International Development Discourse and Practice: „State of the Art“ and Challenges. Duisburg (INEF-Report 94/2008), 72 S.
- Nuscheler, Franz:** Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Duisburg (INEF-Report 93/2008), 42 S.
- Hellmann, Gunther/Roos, Ulrich:** Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat: Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs. Duisburg (INEF-Report 92/2007), 62 S.
- Schaller, Susanne:** The Democratic Legitimacy of Private Governance. An Analysis of the Ethical Trading Initiative. Duisburg (INEF Report 91/2007), 56 S.
- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel/Reinhardt, Dieter:** „Stay Engaged“ statt „Let Them Fail“. Ein Literaturbericht über entwicklungspolitische Debatten in Zeiten fragiler Staatlichkeit. Duisburg (INEF Report 90/2007), 72 S.
- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel (Hg.):** State Failure Revisited II: Actors of Violence and Alternative Forms of Governance. Duisburg (INEF Report 89/2007), 66 S.
- Kemper, Barbara:** Mediation in Intrastate Conflicts. The Contribution of Track-Two Mediation Activities to Prevent Violence in the Aceh Conflict. Duisburg (INEF-Report 88/2007), 56 S.



Einzelexemplare können gegen Rechnung schriftlich beim INEF bestellt werden:
Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen,
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, D-47048 Duisburg.
Kosten je Report: 3,00 Euro (innerhalb Deutschlands) bzw. 5,00 Euro (innerhalb Europas).
Bestellformulare finden Sie auf unserer Homepage.
Alle INEF-Reporte stehen im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung:
<http://inef.uni-due.de>

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, die 1986 auf Initiative des früheren Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt gegründet wurde.

Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung.

Der spezifische Ansatz des INEF, das als einziges Forschungsinstitut in Deutschland Fragen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden bearbeitet, spiegelt sich auch im breiten Spektrum der Drittmittelgeber wider. Das INEF führt, oft in Kooperation mit nationalen sowie internationalen Partnern, eigene Forschungsprogramme durch und erschließt systematisch internationale Expertise und Weltberichte. Projekte führt das INEF auch für nicht-staatliche Organisationen (NGOs) und NGO-Netzwerke durch. Das Institut ist in ein internationales Forschungsnetzwerk eingebettet.

Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Tobias Debiel

Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Tobias Debiel (Sprecher); Prof. Dr. Thomas Heberer (stellv. Sprecher); Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt; Prof. Dr. Gerhard Bäcker (Dekan des Fachbereich Gesellschaftswissenschaften); Dr. Brigitte Hamm; Prof. Dr. Christof Hartmann; Anja Kopyra; Prof. Dr. Claus Leggewie; Prof. Dr. Dirk Messner; Prof. Dr. Werner Pascha; Ursula Schürmann; Prof. PhD. Karen Shire; Prof. Dr. Harald Welzer; Prof. Dr. Lothar Zechlin; beratend: apl. Prof. i.R. Michael Bohnet; Prof. i.R. Dr. Peter Meyns; Prof. em. Dr. Franz Nuscheler.

Die Reihe INEF-Report

In den INEF-Reporten werden wichtige Arbeitsergebnisse aus den Forschungsprojekten des Instituts publiziert. Die INEF-Reporte erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge.



FAKULTÄT FÜR
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Geibelstraße 41 D - 47057 Duisburg
Telefon +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: <http://inef.uni-due.de>